

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Kassenprücher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 17. Juni 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

„Höchst befremdlich.“

Essen, 15. Juni.

In der verzweifelten Suche nach Material gegen die organisierten Arbeiter ist es den Zusammenstellern der „Denkschrift“ zur Zuchthausvorlage am grünen Tisch gelegentlich wohl auch passiert, daß sie sich selbst widerlegt haben. Bekanntlich haben die Arbeiterausstände im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier viel Material zur „Begründung“ hergeben müssen.

Und was ist nun konstatiert worden?

Von dem Vergarbeiter-Streit 1889 bringt die Denkschrift eine Menge von Ausschreitungen streifender Arbeiter im Bochumer und Dortmunder Bezirk, die einzeln aufzuführen hier nicht möglich ist. Arbeiter haben sich sammengerottet gegen Polizei und Werkbeamte; Schlägereien, Messerstechereien, Knüppelweien sind vorgekommen, sogar Dynamitattentate — bei denen glücklicherweise die Bombe selbstverständlich mit brennender Zündschnur, noch rechtzeitig entdeckt wurde.

Im Essener Bezirk waren gegenüber diesen Ausschreitungen die Arbeiter das reine Musterbild von Ordnung. Die Denkschrift sagt ausdrücklich Seite 69:

„Im Amtsgerichts-Bezirk Essen z. B. ist damals (Vergarbeiterstreik 1889), wie der erste Staatsanwalt zu Essen feststellt, keine einzige Verurteilung aus § 153 der Gewerbe-Ordnung erfolgt, was nach der Ansicht des Verichterfatters bei der Größe und Gefährlichkeit der Bewegung höchst befremdlich erscheinen muß.“

„Höchst befremdlich“ soll das sein? Nein, es ist höchst erklärlich, wenn man sich der damaligen Thatsachen erinnert.

In dem Bochumer und Dortmunder Bezirk, in welchen, nach der Denkschrift, beim 98er Vergarbeiterstreik die meisten Ausschreitungen vorgekommen sein sollen, waren gleich nach Ausbruch des Streiks — entgegen der leidlich unparteiischen Haltung von 1889 — durch Schanzsperrung der Arbeiter die Versammlungslokale abgetrieben worden; die Führer der Vergarbeiter hatte man verhaftet einschließlich des Scharpersonals der „Vergarbeiter-Zeitung“ — die deshalb vom 7. bis 18. Januar nicht erscheinen konnte — und des Redacteurs Dr. Diederich-Dortmund. Hier wo den Gewerkschaften jede Betätigung durch „Unschädlichmachung“ der Agitatoren und gewerksmäßigen Führer unterbunden war, kamen die meisten Gewaltthätigkeiten der indifferenten Masse vor.

Warum nun in Essen nicht? Warum dort das Wunderbare, das „höchst Befremdliche“?

Dort hatte, wie man sich erinnern wird, Herr Oberbürgermeister Erich Zweigert alle außerordentlichen Schußmaßnahmen einschließlich des Militärs abgelehnt. In der Stadterordnetenversammlung zu Essen sagte er, gegenüber den Zeitungsgangriffen der Aulis der Grubenprogen:

„Ein Verbot der Vergarbeiter-Versammlungen sei nicht angängig wegen des geltenden Vereinsrechts. Im großen und ganzen seien auch die Versammlungen ruhig und ordnungsmäßig verlaufen; die Polizeibeamten hätten keine Drohungen gehört. Daß nach jeder Versammlung auf der Straße Gruppenbildung stattgefunden, ist richtig; aber das ist doch noch jeder größeren Zusammenkunft der Fall. Es wäre geradezu frechhaft gewesen, wenn man diese Gruppen mit Polizeigewalt auseinander treiben wollte; das hätte nichts anderes bedeutet, als Gelegenheit zu geben, gegen die Polizei Front zu machen.“

Während des ganzen Ausstandes sind in unserer Stadt Essen nicht so viel Ausschreitungen vorgekommen, wie an einem einzigen Stirme tage.“

So das Mitglied des preussischen Herrenhauses, Herr Oberbürgermeister Zweigert in Essen!

Im Dortmunder und Bochumer Bezirk, wo die Wirksamkeit der Arbeiter-Organisationen unterbunden wurde, Ausschreitungen. In Essen, wo die organisierten Bewegungsfreiheit hatten, die Thatsache des absolut ordnungsmäßigen Verhaltens der Arbeiter!

In der That „höchst befremdlich“ und — vernichtend für die Logik der berühmten Denkschrift! —

„Germania“-Märchen.

In ihrer Polemik wider die Zuchthausvorlage, greift die „Germania“, wie wir bereits erwähnten, auch auf einige frühere Vorkommnisse zurück, welche darthun sollen, wie sehr die Arbeiter unter dem Terrorismus der socialdemokratischen Gewerkschaften zu leiden haben.

Es ist eine große Unvorsichtigkeit des Centrumsblattes, diese alten Fälle nochmals vorzuführen, denn die „Germania“ ruft damit nur die Schande der von ihr geschützten Arbeiterelemente in die Erinnerung. Wir haben schon im Herbst 1888, nachdem wir die genauesten Informationen eingezogen, die „Germania“-Verdächtigungen Punkt für Punkt widerlegt, so daß die „Germania“ schließlich, in die Enge getrieben, sich nur noch mit Schlagworten und Schimpfereien zu helfen wußte.

Damals und jetzt wieder beschwert sich die „Germania“, es sei häufig vorgekommen, daß die „socialdemokratisch“ organisierten Maurer es abgelehnt hätten, nicht nur mit Unorganisierten, sondern auch mit Gesellen aus dem sogenannten christlichen Gewerksverein „Arbeiter-Schutz“ weiter zu arbeiten. Die betreffenden Maurer hatten, wie wir damals nachgewiesen, gewichtige Gründe, so zu handeln, wie sie gethan. Wir hielten damals fest und die „Germania“ mußte dies ausdrücklich zugeben, daß das Vermittelungsbureau des Vereins

„Arbeiter-Schutz“ noch einem Bau, auf dem die gewerkschaftlich organisierten Maurer die Arbeit niedergelegt hatten, weil der Meister den sonst überall innegehaltenen Tarif von 60 Pf. pro Stunde nicht bezahlen wollte, Ersatzkräfte geschickt hatte. Allerdings — damit suchte sich damals die „Germania“ zu entschuldigen — waren „nur zwei“ Arbeiter geschickt worden und auch diese kamen schon am Nachmittag zurück. Aber warum kamen sie zurück? Weil es den Streikenden gelungen war, sie zu überzeugen, daß sie den besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen werden nicht in den Rücken fallen dürften. Und noch eins: Hätte sich der Unternehmer wohl gerade an jenes Bureau gewandt, wenn daselbe nicht als Streifbrehler-Bureau bekannt wäre?

Im zweiten Falle wurde ein gesperrter Bau von dreißig Mann aus dem Verein „Arbeiter-Schutz“ besetzt. Der Grund der Sperrung war hier die Maßregelung von 15 Maurern gewesen, die am Stichtag etwas früher Feierabend gemacht hatten, um ihr Wahlrecht ausüben zu können.

Ein Verein aber, der den Streifbrehlerdienst geradezu organisiert, ist für die im Besserung ihrer Lebenshaltung Ringenden natürlich viel gefährlicher, als die unorganisierte Menge der Indifferenten. Das würdige Centrumblatt braucht sich also gar nicht zu wundern, wenn der Verein „Arbeiter-Schutz“ bei den Arbeitern möglichst unbeliebt ist.

So die Thatsachen. Und da hat die „Germania“ die Stirn, uns Lüge vorzuwerfen und zu behaupten:

„Denn in keinem Falle handelte es sich um Streifbrehler oder um Gesellen, welche eine Koalition mit den übrigen Arbeitsgenossen verweigert oder zu einem niedrigeren Lohnsätze die Arbeit ausgenommen hätten.“

Es sollte uns lieb sein, wenn diese Ablenkungsversuche der „Germania“ auf ein Gefühl der Scham deuten würden, daß ihre Schützlinge sich so insolentisch benehmen. Und die Differenzen zwischen den „socialdemokratischen“ Gewerkschaften und anderen Organisationen würden sehr gemildert werden, wenn letztere ernstlich Streifbrehlerdienste verabsäumen und Schulter an Schulter mit den um Hebung ihrer materiellen und geistigen Lage kämpfenden Arbeitern zu streiten lernen wollten. Bisher freilich stand der unter den Mitteln der Centrumsleute aufgedoppelte Verein „Arbeiter-Schutz“ stets abseits, nur die Früchte des Kampfes verabsäumen auch seine Mitglieder nicht, mit einzuhelfen!

Das Centrumblatt beruft sich ferner auf eine Kennerung unseres Parteigenossen Auer, der in einer Versammlung in Charlottenburg erklärt habe:

„Es sei das Vorgehen der Maurer, welche die Arbeit niedergelegten, weil sie nicht mit unorganisierten Kollegen zusammenarbeiten wollten, durchaus gerechtfertigt. In anderen Ländern würde niemand ein solches Verhalten als Terrorismus ansehen, es sei das eben im Koalitionsrecht begründet. Dieses Recht würde jeden Wert verlieren, wenn die Arbeiter nicht versuchen dürften, auf diese Weise ihre Organisation zu stärken und auf ihre Kollegen in der gebrauchlichen Umgangssprache friedlich einzuwirken. Sollte das nicht gestattet sein, so könnte man gleich den ganzen § 152 streichen, die Arbeiter wüßten dann wenigstens, woran sie seien.“

Und in ihrer heutigen Nummer sagt die „Germania“ weiter über die Erklärung Auer's:

„Grundsätzlich hat der Abg. Auer das Verhalten der Maurer gebilligt, welche die Arbeit niedergelegten, weil sie nicht mit unorganisierten Kollegen zusammenarbeiten wollten, und erklärt, das Koalitionsrecht würde jeden Wert verlieren, wenn die Arbeiter nicht versuchen dürften, auf diese (terroristische) Weise ihre (socialdemokratische) Organisation zu stärken. Die Socialdemokraten wollen also das Koalitionsrecht nur für die socialdemokratische Organisation gelten lassen. Will sich der „Vorwärts“ über diesen principiellen Punkt, den er mit folgender Verdächtigungen zu umgehen sich bemüht, nicht klar und bestimmt äußern?“

Die „Germania“ ist außerordentlich begriffsstumpf. Wir sind aber gern bereit, ihr nochmals die gestellte Frage zu beantworten.

Was unser Parteigenosse Auer gesagt hat, unterstreichen wir Wort für Wort. Es ist für uns kein Zweifel, daß es sich für Auer nicht um unorganisierte Arbeiter schiedlich, sondern um unorganisierte Arbeiter gehandelt hat, die im Falle eines Kampfes gegen das Kapital den Kämpfern in den Rücken fielen oder die Ermügenschaften und mit heißer Mühe und bitterer Not erfochtenen Siege preiszugeben bereit waren. Unorganisierte oder andersorganisierte Arbeiter erfahren keine Aufschüchtern seitens der „socialdemokratischen“ Gewerkschaften, sondern werden von ihnen umworben und aufgefressen. Erst dann wird das, was die „Germania“ Zwang und Terrorismus nennt, zur Anwendung gebracht, wenn die Nichtorganisierten oder Andersorganisierten durch Lohnunterbietung oder sonstige Treulosigkeit an ihren Kameraden die kulturelle Herabdrückung der Gesamtheit fördern. In solchem Falle — und davon allein sprach Auer — billigen wir das Verhalten der Arbeiter durchaus. Und wir wiederholen — die „Germania“ sucht sich um diese totale Thatsache herumzudecken —: selbst die schmachliche Zuchthausvorlage stellt dieses Kampfmittel den Arbeitern frei, welches das reaktionsfreundliche Centrum zerbrechen möchte, womit aber das Koalitionsrecht selbst zerbrochen werden würde.

Uebrigens ist es uns doch einigermaßen verwunderlich, daß die „Germania“ sich so sehr über „Koalitionszwang“ beschwert. Ist das Centrum nicht in erster Linie bei der Schaffung des „Junungszwanges“ beteiligt gewesen? Zur „Hebung des Handwerks“ soll der Staat die Handwerksmeister in die Organisationen zwingen. Aber die Arbeiter sollen sich gedulbig von rüchständigen Elementen jede Möglichkeit, ihre Lebenslage zu heben, nehmen lassen?!

Endlich, als „typisch“ bezeichnet die „Germania“, daß denjenigen Arbeitern, die sich dem „socialdemokratischen“ Terrorismus nicht fügten, das Handwerkszeug verstreut werde, die Kleider beschmüzt oder zerschritten würden. Auch dies ist nur eine Wiederholung früherer Behauptungen, die auch damals generell aufgestellt wurden, ohne daß, wie versprochen war, später mit Namen ausgewortet worden wäre. Solange nicht speciell Fälle dieser Art, die zu billigen uns niemals in den Sinn gekommen ist, uns unterbreitet werden, sind wir selbstverständlich nicht in der Lage, sie auf ihren wahren Wert hin prüfen zu können.

Wir stehen solchen allgemeinen Anschuldigungen ebenso machtlos gegenüber als den Verdächtigungen der „Denkschrift“, wir bewerten sie auch ebenso gering, als diese. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Juni.

Der Reichstag

wurde in seiner Freitagssitzung mit dem Gesekentwurf betreffend das provisorische Handelsabkommen mit England doch fertig. Dieses Abkommen ist eine Notwendigkeit. Nachdem England, durch innerpolitische Verhältnisse gezwungen, uns den Handelsvertrag gefündigt hatte, wurde durch ein Gesetz vom 11. Mai vorigen Jahres der Reichsregierung die Vollmacht erteilt, bis zum 30. Juli dieses Jahres (1899) England, natürlich auf Gegenseitigkeit, die Rechte des Meistbegünstigten zu verleihen. Da ein neuer Vertrag sich nicht rasch abschließen läßt, so muß eine Verlängerung des Abkommens erfolgen. Darüber wäre kein Wort zu sagen. Aber die Agrarier wollen die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ihrem Grimm gegen das freihändlerische und freirechtliche England und ihrer Sehnsucht nach teurem Brot und Fleisch Luft zu machen. Sie wollen England reizen, dann Repressalien verlangen, und den Damm, welcher dem Sochschutzoll und den Handelsverträgen gesetzt ist, durchbrechen. Vorläufig drücken sie ihre Forderungen euphemistisch durch das Wort: „Autonomer Zolltarif“ aus. In diesem schwerverständlichen Sechsfünftel-Fremdwort verdeckt sich das Programm, daß Deutschland nach dem „natürlichen“ Bedürfnis, d. h. nach dem Bedürfnis der Agrarier, welche die Nation sind, sich autonom, d. h. ohne sich um die anderen Staaten zu kümmern, einen Zolltarif gebe, der den Zollkrieg gegen das ganze Ausland und die Absperrung aller Lebensmittel von Deutschland bedeuten würde. Für diesen Plan, den sie jedoch sehr sorgfältig mit einem dicken Pfirsichschleier umhüllen, traten der Reihe nach alle Vorkämpfer der junkerlichen Brotverteuerungs-Junkts auf den Plan: Ranitz, Köstke, Paasche, Kardorff und der Dahn. Sehr schwächlich antwortete ihnen Graf Posadowski, der vor den bei Hofe mächtigen Junkern eine Hölleangst hat — besser, jedoch entschieden monoton, das menschgewordene Mandelsternum: der Freisinnige Brömel, der manchesterlicher ist als selbst Eugen Richter. Die Brömel'sche Rede entziffelte noch einen plätschernden Redestrom des hindlerischen Hoffstaß's Oertel, der — mit Pathos die beruhigende Versicherung erteilte, sie — die Agrarier — dächten an keinen Krieg mit England —, was wir dem Herrn gern glauben. Nur Hungernot und Wucherpreise für Brot und Fleisch wollen die biederen Herren.

Der Gesekentwurf hat selbstverständlich die Majorität im Reichstage.

Sonnabend: Dritte Beratung der Freitag beratenen Gesekentwürfe, Wahlprüfungen und Berichte der Petitionskommision. —

Bestenerung der Warenhäuser in Preußen.

In der Thronrede, mit der der preussische Landtag im Januar eröffnet wurde, war u. a. auch ein Gesekentwurf betreffend die Besteuerung der Warenhäuser angefündigt. Der Umstand, daß die Vorlage bisher nicht eingegangen ist, veranlaßte die Abgg. Koeren und Hise vom Centrum, die Regierung anzufragen, aus welchen Gründen sie den Entwurf nicht vorgelegt habe und für wann die Vorlegung zu erwarten sei. Diese Interpellation stand heute zur Besprechung.

Von hohem Interesse ist die Antwort, die der Minister v. Miquel den Interpellanten erteilte. Wie bereits im vorigen Jahre gelegentlich der Beratung des Antrages v. Brochhausen, so suchte auch diesmal der Minister die Besteuerung der Warenhäuser den Gemeinden zu überlassen, natürlich nicht, weil er etwa das Geld für den Staatsäckel anzunehmen sich scheut, sondern lediglich aus dem Grunde, weil er sehr wohl die Unmöglichkeit einsehete, eine natürliche Tendenz unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf künstlichem Wege einzudämmen. Da ist es nach seiner Meinung schon besser, die Kommunalbehörden erleben ein Fiasko, als daß die Staatsregierung sich eine Damage zuzieht. Wiewohl Herr Miquel für die nächste Session eine Vorlage in Aussicht stellte, ging aus seinen Worten doch zur Genüge hervor, daß er selbst von der Nutzlosigkeit eines derartigen Vorgehens überzeugt ist und nur äußeren Einflüssen nachzugeben sich gezwungen sieht. Er ließ erkennen, daß er sich von der in Bayern beschlossenen Umsatzsteuer nichts verspricht, zumal da das System der bayerischen Gewerbesteuer grundsätzlich verschieden ist von dem der preussischen. Auch von der Einführung einer Branchensteuer will er nichts wissen, er hofft den gewünschten Zweck auf andere Weise, vielleicht durch eine progressive Gewerbesteuer, zu erreichen, die dem Princip der Leistungsfähigkeit entspricht.

Sehr erfreulich war diese Antwort des Ministers namentlich den Herren vom Centrum und den Konservativen nicht, die ja bekanntlich sich noch immer in dem holden Wahn befinden, daß der untergehende Mittelstand durch künstliche Mittel gerettet werden kann. Der Konservative von Brochhausen trat für eine Branchensteuer in Verbindung mit einer Umsatzsteuer und für eine Reform der Gewerbesteuer ein, ohne indessen stichhaltige Gründe für seinen Vorschlag anzuführen, es sei

denn, daß er die Opposition der Socialdemokraten gegen jede Sondersteuer als besonders wirksames Argument betrachtet. Sein Hinweis darauf, daß die großen Warenhäuser sehr viele Existenzen ruinieren und dadurch den Uebergang in die socialistische Gesellschaft fördern, ist gewiß richtig, nur vermag er hinzuzufügen, daß dieser Entwicklungsprozeß in den natürlichen Verhältnissen begründet ist.

Neulich dem konservativen Redner sprachen sich die Abg. Noeren und Fuchs vom Centrum aus, letzterer unter strikter Ablehnung des Vorschlags, die Besteuerung den Gemeinden zu überlassen, da die „Karikatur des Dreiklassenwahlsystems“ zur Folge habe, daß der Mittelstand in den kommunalen Körperschaften zu schwach vertreten sei — ein zarter Wink für Herrn Miquel, die Kommunalreform nach dem Wunsche des allmächtigen Centrums vorzunehmen.

Gegen jede Sonderbesteuerung wandte sich nur Abg. Gothein (fr. P.), der die Regelung der vorliegenden Frage im Rahmen einer allgemeinen Gewerbesteuer vorschlug, aber damit auf den Widerspruch des Finanzministers stieß.

Viel ist bei der Besprechung, die ja nur einen akademischen Charakter trug, nicht herausgekommen.

Die gerächte Thronrede.

Das Reichsgericht hat jenes allerletzte Urteil des Landgerichts in Frankfurt a. M. bestätigt, welches über unseren Parteigenossen Dr. Quare wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch eine Kritik der Thronrede, vier Monate Gefängnis verhängte. Die Gesinde des Reichsgerichts sind noch nicht bekannt. Es scheint aber, daß Gericht habe sich der Anschauung des Reichsanwalts angeschlossen, welcher seinen Antrag auf Verweisung der Revision mit dem bündigen Hinweis begründete:

Der Kaiser hat das Recht, den Reichstag zu eröffnen und die Thronrede muß die Meinung der Regierungen zum Ausdruck bringen. Der Gerichtshof hat aber festgestellt, daß die vom Angeklagten kritisierte Meinung die persönliche Meinung des Kaisers war.

Thatsächliche „Feststellungen“ pflegen ja für das Revisionsgericht unantastbar zu gelten. Aber es war denn doch kaum zu erwarten, daß das Reichsgericht eine „Feststellung“ anerkennen würde, die auf einem großen Rechtsirrtum beruht.

Wir haben nach der Fällung des Landgerichts-Urteils eingehend die staatsrechtliche Unmöglichkeit einer Vorschreibung der kaiserlichen Person, da es sich um eine Regierungslundgebung handelte, besprochen.

Die Thronrede ist eine Kundgebung, die der Kaiser in Vertretung des Bundesrats verliest, deren Inhalt aber keineswegs seinen persönlichen Anschauungen entsprechen muß, da die Mehrheit des Bundesrats sehr wohl Beschlüsse fassen und in der Thronrede zum Ausdruck bringen lassen kann, denen der Kaiser persönlich nicht zustimmt. Würde man aber selbst annehmen, daß des Kaisers persönliche Anschauungen mit den in der Thronrede niedergelegten übereinstimmen, worüber der Kritiker sicherlich höchstens Vermutungen haben kann, so bleibt eine kritische Besprechung der Thronrede stets ein Angriff gegen eine Handlung der Bundesregierung und allein deren verantwortlicher Vertreter, der Reichskanzler, könnte, sofern Beleidigungen vorliegen, Beleidigter sein, niemals aber das Reichsoberhaupt, das staatsrechtlich unverantwortlich ist.

Mit dieser Rechtsprechung, die nun auch das Reichsgericht gebilligt hat, kann die Kritik jeder Regierungsmaßnahme unterdrückt werden. Mögen sich die Agrarier hüten, daß sie nicht die Kanalvorlage ungebührlich belächeln, sie könnten vor den Richter geschleppt werden und dieser würde „feststellen“, daß die Durchführung der Kanalvorlage ein Verleumdungswort des Königs von Preußen sei, also sei die Kritik der Vorlage eine Beleidigung des Königs.

Die Kompensation der Agrarier. Für die den westlichen Landesteilen durch den Mittelrhein-Kanal zustehenden Vorteile werden bekanntlich von allen Seiten, nicht zuletzt von den beschiedenen ostelbischen Agrariern, Kompensationsforderungen erhoben. Und die Regierung scheint ein Einsehen zu haben.

Ein Mitarbeiter der „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ hat Herrn v. Miquel in Sachen der Kanalvorlage interviewt. Auf die Bemerkung des Berichterstatters, es sei wohl anzunehmen, daß der Kronrat für den Fall der Ablehnung der Vorlage die Auflösung des Abgeordnetenhauses beschlossen habe, erwiderte Herr v. Miquel: Der Kronrat ist eine geschlossene Burg, aus der nichts nach außen dringt. Die Auffassung des Kaisers über die Bedeutung des Kanals läßt wohl darauf schließen, daß eine Auflösung dann unvermeidlich sein würde. Auf die Erwiderung, das scheint man in konservativen Kreisen nicht zu fürchten, vielmehr sogar zu wünschen, erklärte der Minister: „Dann unterschätzen die Herren die Macht, die für den Kanal eintritt und die bereit ist, der Landwirtschaft bei der Revision der Handelsverträge einen Getreidezoll von 5 bzw. 6 M. zu gewähren. Die Landwirtschaft spielt mit dem Fener, wenn sie die Machtfaktoren von sich stößt, die sie bei den neuen Handelsverträgen gebraucht.“

Das sind ja recht fröhliche Aussichten! Für das Recht, die hunderte von Millionen für den Kanalbau aufbringen zu dürfen, sollen die Steuerzahler auch noch den Agrariern Kompensationen in Gestalt eines Getreidezolles von 6 M. zahlen.

Deutsches Reich.

Der heutige Tag ist ein Gedenktag. Am 16. Juni des vorjährigen Jahres fanden in Deutschland die Reichstagswahlen statt, und das von der Reaktion geplante Attentat gegen das allgemeine Wahlrecht wurde durch die heldenmütige Aktion der Socialdemokratie vereitelt. Wir denken heute dieses Tages uns so lieber, als wir jezt von einem neuen Attentat bedroht sind, einem Attentat gegen das Koalitionsrecht. Auch dieses Attentat werden wir zu Schanden machen! Die Besiegten des 16. Juni 1893 werden auch die Besiegten des Zukunftshauses sein.

Zur Wahlagitatio im achten sächsischen Reichstagswahlkreis haben unsere Genossen bereits die einleitenden Schritte getan. Die erste große Versammlung, die überfüllt war, fand bereits im größten Saale Pirnas statt. In derselben wurde Genosse Landtag-Abgeordneter Frähdorf, der bereits zweimal im Kreise kandidiert hat, wieder unter begeisteter Zustimmung als Kandidat für die Nachwahl aufgestellt. Die Genossen des Kreises werden alle möglichen Anstrengungen machen und hoffen bestimmt, daß diesmal der Kreis unser wird.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat am Donnerstag ihre letzte Sitzung in dieser Session abgehalten. In derselben wurden die schriftlichen Berichte über die Wahlen der Abgeordneten Smalans (Renel-Hegdeburg), v. Kardorff (Oels-Wartenberg) und Drobbel (Ehlingen) festgestellt.

Der Kommission haben im ganzen 83 Wahlprotokolle vorgelegen. Davon sind erledigt durch Gültigkeitserklärung der Wahlen 43, über 22 Wahlen ist die Entscheidung ausgesetzt und sind Urhebungen beschlossen, drei Mandate sind kassiert: Berlin II, achter

sächsischer Wahlkreis (Pirna) und fünfter württembergischer Kreis (Ehlingen). Ueber vierzehn Protokolle hat die Kommission noch nicht verhandelt. Eine Wahl, die des Grafen von Dohna-Friedrichstein, welche die Kommission für gültig erklärt hatte, ist vom Plenum wieder an die Kommission zurückverwiesen worden. Von den 83 Protokollen richteten sich 29 gegen konservative, 24 gegen national-liberale, 10 gegen sogenannte „wilde“, 8 gegen centristische, je 5 gegen freisinnige und freisinnige Vereinigung, 2 gegen socialdemokratische, je 1 gegen antisemitische und volksparteiliche Mandate. Nicht verhandelt sind die Protokolle gegen die Wahlen der Abgeordneten Glog von Olenhausen (Göttingen); Baron de Schmid (Saargemünd); Schulze (Hamm-Soest); Sieg (Graudenz); Voigt (Saarbrücken); Graf von Dönhoff-Friedrichstein (Landkreis Königsberg); Großmann (Thorn); Haade (Frankfurt a. O.); Hänel (Stiel); Graf Magnis (Reichenbach); Möller (Duisburg); Bräse (Lübb.-Niederung); von Esmann (Ottweiler); Bill (Wörlitz); Joid (Berlin V).

Im Verhältnis zu früheren Legislaturperioden sind die Wahlprüfungen dieses Mal weit vorgeschritten und ist anzunehmen, daß dieselben bei der nächsten Tagung des Reichstages zum Abschluß gebracht werden.

Frische Frege-Vorbeeren.

Herr v. Frege, Vicepräsident des Reichstags und Lehrmeister der Preßhühner, hat eine neue Großthat vollbracht. Der Centralrat der sächsischen Gewerbevereine hatte den Verzicht über eine Protestversammlung gegen die Zucht-haus-Vorlage in 300 Exemplaren zur Verteilung an die Reichstags-Mitglieder dem Bureau des Hauses überhandt. In dem Bericht fand Herr v. Frege folgende Ausführung des Abg. Müller-Sagan:

„Und wenn Graf v. Pofadowitz einen Stolz hätte, wie ein Staatsmann ihn am Ende des 19. Jahrhunderts haben sollte, so müßte er sich an die Spitze der Arbeiterbewegung stellen und nicht danach trachten, sie durch gesetzgeberische Maßnahmen zu hemmen. Sich ein Stöckchen in der neuen Markgrafenallee zu sichern — (Stürmischer Bravo.) Es mag sein, daß ihm dergleichen der Ruhm wird, auf einer der Mannorstände in einer Statue verehrt zu werden, mit der Faust in der Hand und vis-a-vis Herrn v. d. Medde, der nach den Weinen zielt.“

Da Herr v. Frege solch freventlichen Spott wider leibhaftige Minister wahrnahm, wurde er — nicht blas. Denn einer derer v. Frege wird niemals blas. Vielmehr erkannte Herr v. Frege mit der ihm üblichen Schärfe des Geistes, daß diese Worte des Dr. Müller für den Grafen v. Pofadowitz „kränkend“ seien, und alsbald folgte die schneidige That. Herr v. Frege verfügte kraft seines Amtes Macht, daß die 300 Exemplare des Berichtes durch das Bureau nicht verteilt werden.

Wir meinen, daß nunmehr niemand dem Herrn v. Frege den Anspruch bestreiten darf, vor dem Reichstagshaus in Marmor gehauen oder als bloßes Schredgespenst zu glänzen. Als Inschrift für den Sockel des Herrn Vicepräsidenten schlagen wir vor: Es ist erreicht! —

Zum Anti-Prügel-Erlaß. Der Kultusminister hat den unsern Lesern bekannten Erlaß gegen das Prügeln in der Schule, der von der reaktionären Presse so vielfach angegriffen wurde, den Provinzial-Schulkollegien mit folgendem Ansprechen überhandt:

„Abdrück erhält das königliche Provinzial-Schulkollegium mit dem Veranlassen, die Seminar-Direktoren seines Bezirkes zu beauftragen, in entsprechender Weise die Seminaristen im pädagogischen Unterrichte und in der Thätigkeit in der Lehrgeschule zu richtiger Handhabung der Schulzeit eingehend anzuleiten und insbesondere auch von vornherein anzuweisen grundsätzlich die Anwendung von Züchtigungen zu vermeiden und gute That durch angemessene unterrichtliche und erzieherische Einwirkung zu erzielen. Es muß zugleich dabei vorausgesetzt werden, daß hierin die Lehrer des Seminars und besonders die Ordinarien der Lehrgeschule den Seminaristen zum guten Vorbilde dienen. Sollen einzelne Lehrer, namentlich aber Ordinarien der Schule, dagegen fehlen und durch Neigung zum Züchtigen den Seminaristen ein für ihre weitere amtliche Thätigkeit schädliches Beispiel geben, so ist ernstlich dagegen einzuschreiten, erforderlichenfalls solchen Lehrern die Thätigkeit in der Lehrgeschule zu entziehen; insbesondere ist event. das Ordinariat der Schule einem anderen Lehrer zu übertragen.“

Der Geheime Rat, der diese Angelegenheit im Kultusministerium behandelt, scheint ein sehr guter Pädagoge zu sein, zu dessen Ausführungen wir miere volle Zustimmung aussprechen müssen. Insbesondere richtig erachtet es uns, den Schwerpunkt auf die Erziehung des Lehrers-Rathwuchses zu legen, um die Neigung zum Züchtigen erst gar nicht sich ausbilden zu lassen.

Nur eins befürchten wir: Männer von so vernünftigen Ansichten, wie jener Mann im Kultusministerium sollen in Preußen nur zu häufig der reaktionären Meute zum Opfer.

Die Kneuerung des Kaisers über die ostelbischen Arbeiterwohnungen im Verhältnis zu den Schweinekästen hatte bekanntlich in der konservativ-agrarischen Presse sehr verdammt und war verschiedentlich als ungenau, übertrieben, mißverständlich und dergleichen hingestellt worden. Die „Eibinger Zeitung“, von der jene Kneuerung in die Öffentlichkeit gebracht worden war, hält ihre Mitteilungen jedoch aufrecht. Sie schreibt:

„Wir betonen, daß wir die Kneuerungen Sr. Majestät mit kenographischer Genauigkeit wiedergegeben haben, daß wir unsern Bericht in vollem Umfange aufrecht erhalten und uns von keiner Seite etwas davon abhandeln lassen. Unser Gewährsmann ist noch sicherer informiert als der der „Kreuz-“ Zeitung“ und ganz unangenehm. Von „Järtimern“, ganz unangenehm politischen Erörterungen“, auf eine größere Entfernung etwas gehört haben“ kann gar keine Rede sein. Deutlicher zu werden haben wir keine Veranlassung. Die Sache ist für uns erledigt.“

Der „Genossenschaft“ der „Eib.“ ist in der That unangenehm, wenn er, wie die westpreussischen Blätter behaupten, — die Frau Landrat v. Eydorf ist, mit der der Kaiser eben jene Unterhaltung geführt hat.

Thronfolge in Koburg-Gotha. Aus Gotha wird vom Freitag gemeldet: Im gemeinschaftlichen Landtage erklärte in Vertretung des abwesenden Ministers v. Strenge Staatsrat Schmidt, daß sich Minister v. Strenge auf Befehl des Herzogs nach England begeben wird, um mit den Beteiligten die Regelung der in der Thronfolge hervorgetretenen Schwierigkeiten zu betreiben. Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge sei es nicht möglich, Aufklärung über die Angelegenheit in öffentlicher Sitzung zu geben. Vertrauliche Mitteilungen wird der Landtag Sonnabend in einer geheimen Sitzung in Empfang nehmen.

Es scheinen übrigens Bestrebungen im Werke zu sein, irgend einen preussischen oder sonstigen deutschen Prinzen auf den Gothaer Thron zu bringen. Das freisinnige „Gothaische Tageblatt“ schreibt: „Wir verheeren durchaus keine Neigung, uns — was ja doch der zwar unangenehme, aber unzweifelhaft vorhandene Wunsch der „Aus-Nationalen“ ist — irgend einen deutschen Prinzen, dessen ganze Qualifikation zum Herrscherberufe nach Ansicht jener Leute vorwiegend doch bloß nach seiner Dienstzeit in einem Berliner oder Potsdamer Garde-Regiment bemessen werden sollte — als zukünftigen Landesvater auszuwählen zu lassen. Und wenn alle Ströme reihen und — was aber völlig ausgeschlossen erscheint — jeder der berechtigten Agnaten auf die Gebfolge verzichten oder nicht befaßt sein sollte, diese zu übernehmen, — wer sagt denn den „aus-Nationalen“ Ratgebern, daß es gerade ein hochgeborener Prinz sein muß, der die Regierung unseres Landes zu übernehmen habe? Am Rotfalle können wir

und auch eine Zeitlang oder auch auf die Dauer ohne einen Sonderan besetzen, ohne daß dadurch unsere Verpflichtungen gegenüber dem Deutschen Reiche auch nur um ein Zota zu kurz kommen werden. Der Gothaer Staat zählt mehr als noch einmal so viel Einwohner, als das Herzogtum Koburg-Gotha und vermag ohne ein Fürstenthum auch zu existieren, dergleichen auch die übrigen Hansestädte und das noch viel größere Reichsland.“

Die Gothaer sollten doch wirklich bedenken, daß noch so mancher Prinz unterzubringen ist. Wir erinnern z. B. an den Fürsten Adolf von Schaumburg-Lippe, von dem die Sage geht, daß er gern bereit ist, irgendwo deutscher Landesvater zu werden. Also vorherhand kann von etwaigen Unabhängigkeitsbestrebungen absolut nichts werden.

Pensionierung älterer Richter. In der „Deutsch-Juristenzeitung“ veröffentlicht der Berliner Amtsgerichtsrat Dr. Schrott eine Abhandlung über die Pensionierung älterer Richter anlässlich der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Er hält die untere Altersgrenze von 65 Jahren für zu hoch gegriffen und befürwortet, daß man den Richtern, die 60 Jahre und darüber alt sind, wenigstens gestatten solle, mit der gewöhnlichen Pension in den Ruhestand zu treten, ohne daß sie den Nachweis der Dienstunfähigkeit zu erbringen brauchen. Es würden dann zu unterscheiden sein: a) Richter bis zu 60 Jahren; man verlangt von ihnen die Einarbeitung in die neuen Verhältnisse, falls sie nicht den Nachweis der Dienstunfähigkeit erbringen; b) Richter von 60—65 Jahren, sie können sich ohne diesen Nachweis mit ihrer gewöhnlichen Pension zur Ruhe setzen; c) Richter über 65 Jahre, sie erhalten bei ihrer Versetzung in den Ruhestand drei Jahre ihr volles Gehalt weiter und dann ihre gewöhnliche Pension. Die Ausgabungen, welche durch eine derartige Erweiterung der Entwürfe entstehen würden, sollen nach dem Verfasser nicht sehr bedeutend sein.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung standen am Freitag zwei Arbeiterfrauen aus Spandau, Johanna Galla und Marianne Livial, vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II Berlin. Die beiden Angeklagten wohnen mit einer Frau Schubert auf einem Flur. Am 3. März dieses Jahres geriet sie mit der Nachbarin der Kinder wegen in Streit. Um die Frau Schubert recht ordentlich zu trüben, warf ihr die Galla einen unflüchtigen Lebenswandel vor, und um die Sache recht deutlich zu machen, zog sie die Person des Kaisers in das Wortgespräch. Die Frau Livial schiederte ihr nicht allein, sondern suchte ihr noch zuvor zu thun und so hatten sie sich beide schwerer „Majestätsbeleidigungen“ schuldig gemacht, ohne sich dessen in ihrer Wut bewußt zu werden. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Von der Strafkammer zu Torgau wurde am 10. Juni der Handelsmann Ad. Voigt aus Schmiedeburg wegen Majestätsbeleidigung zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurteilt.

Ausland.

Arbeiterbewegung in Petersburg.

In der Zeit unmittelbar vor dem 1. Mai und im Laufe des ganzen Monats Mai hauste die Gendarmen in Petersburg wie selten jemals zuvor. Da der Finanzminister Bitte vor dem Zaren die Ansicht vertrat, die letzte russische Studentenbewegung habe keinen politischen Charakter, veranlassen seine Feinde in den höheren Regierungskreisen die Petersburger Polizei, sich die größte Mühe zu geben, um einen Zusammenhang zwischen den Leitern der Studentenbewegung und der Redaktion des Organs der Petersburger Socialdemokratie: „Der Arbeitergedanke“ nachzuweisen. Außerdem sollte unbedingt die Verbreitung der „Arbeitergedankens“ verhindert werden. Infolgedessen folgten seit Ende April in Petersburg jede Nacht Verhaftungen auf Verhaftungen. Von den im Laufe des Monats Mai Verhafteten sind wir in der Lage, die folgenden Namen zu nennen:

W. Garder, der Feldscherer Usinow, die Studenten des Technologischen Instituts Michael Gorbatschow, Sergei Kirpitschilow, Vladimir Koslow, Wassili Romanow, Andrei Scholomowitsch (diese haben sich in der Peter Pauls-Festung, alle weiter unten genannt, in Unterjuchungsgefangnis untergebracht worden); Alim Bender, Jordanisch, Korjannow, R. Mogilansky (Studenten); Michael Gordenko, Iwan Griblow (Studenten des Technologischen Instituts); Andrei Saorsky (Student des Instituts der Reglementationen); Marie Kuznetsova und Marie Sifarewa (Studentinnen der höheren Frauenkurse); Olga Wigorodzewa und M. Mewanskaja (Studentinnen der Lehrgeschule); die letztere von diesen wurde auf dem Bahnhof der Petersburg-Warschauer Bahn verhaftet; Radescha Archan-gelskaja (Schülerin der Koschewensky'schen Hebammen-Schule); Jekophine Gotscher (Lehrerin); Afanassjew, Walzer, Nikolajew und Poljakow (Schüler der Feldscherer-Schule); Nikolai Kornjadow, Iwan Wolmin, Pawalnew und Wolrowitsch (Arbeiter); M. Makalowa (Arbeiterin); Wera Gurari, Wladimir Sabrejew-Feodorow, Wsewolod Kofchenikow.

Die Polizei war insbesondere bemüht, die Drucker des „Arbeitergedankens“ ausfindig zu machen und Anfangs Mai verbreitete sich in Petersburg sowie in der Provinz das Gerücht, die Druckerei und die gesamte Auflage der Nr. 6 des „Arbeitergedankens“ seien der Polizei in die Hände gefallen. Anlaß zu diesem Gerücht gab die Thatsache, daß leider eine nicht geringe Zahl von Exemplaren der Nr. 6 von der Gendarmen bei einer Hausdurchsuchung aufgegriffen worden sind und die Polizei sich wohl eine kurze Zeit im Glauben gewogen haben mag, sie habe die Petersburger Arbeiter vor dem giftigen Einfluß dieser Zeitung gerettet. Doch die Freude der Polizei sollte nicht lange dauern — sehr bald mußte sie erfahren, daß unmittelbar nach ihrem Fang die Verbreitung der Nummer 6 des „Arbeitergedankens“ unter den Arbeitern der verschiedenen Petersburger Fabriken in gewohnter Weise pünktlich vor sich gegangen ist.

Diese Nr. 6 des „Arbeitergedankens“ liegt uns vor. Es ist dies eine schön gedruckte achtseitige Zeitung, welcher ein sehr gutes Bild von Karl Marx als Beilage beigelegt ist. Im Vergleich mit den früheren Nummern weist diese — was die prinzipielle Haltung und die Reichhaltigkeit des Inhalts anlangt — einen entschiedenen Fortschritt auf, namentlich ist die Erweiterung des Teiles, welcher der Arbeiterbewegung im Auslande gewidmet ist, hervorzuheben. Außerdem bieten großes Interesse zwei Artikel über Finland (im ersten von diesen wird die finnische Arbeiterbewegung, im zweiten die Bewegung der finnischen Bürgerschaft gegen die absolutistischen Gesetze der russischen Regierung geschildert) und eine ausführliche Geschichte und Schilderung der gegenwärtigen Zustände in der Weberei von Pahl. Diese Schilderung der Pahl'schen Fabrik ist außerdem im Separatabdruck als Broschüre erschienen, welche speziell zur Agitation unter den Pahl'schen Arbeitern dienen soll. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Redaktion des „Arbeitergedankens“ die Herausgabe ähnlicher Broschüren auch über eine Reihe von anderen Petersburger Fabriken in Aussicht genommen.

Soweit ist „Der Arbeitergedanke“ aus den Stürmen der

lechten Zeit heil und sogar erstarkt hervorgegangen — Hoffentlich wird es ihm auch in den künftigen zu erwartenden Stürmen nicht anders ergehen! —

Frankreich.

Zur Neubildung des Ministeriums

liegen heute die folgenden Nachrichten vor:

Paris, 18. Juni. Poincaré stattete heute vormittag Brissou, Melne, Ribot und Sarrien Besuche ab und begab sich darauf nach dem Elisee. Nachmittags soll bei Poincaré eine Besprechung stattfinden, an welcher Brissou als Mitberater sowie ferner Sarrien, Delcassé, Monis, Guillaum, Krantz, Delombre, Barthou, Ribot und Rougeot teilnehmen werden. Bei dieser Besprechung sollen die noch in der Schwärze befindlichen Fragen geregelt und die Vorlesungen verteilt werden. — Mehrere Blätter glauben, Poincaré werde angesichts der Schwierigkeiten von radikaler Seite den Plan, ein Konzentrations-Ministerium zu bilden, aufgeben und ein einheitlich progressives Kabinett konstituieren.

Die sonderbar verfahrenen Wege, die Poincaré bei der Bildung seines Kabinetts wandelt, haben ihm bereits das schärfste Mißtrauen der Radikalen zugezogen. Der „Voss. Zig.“ wird darüber telegraphiert: Poincaré hat seine Vorlesungen zuerst Rammern angeboten, von denen er bestimmte wählte, daß sie für die Radikalen völlig unannehmbar seien. Einen Krantz, Ribot, Barthou, Sarrien zum Eintritt ins Ministerium einzuladen, hieß alle Republikaner der Kammer dreist herausfordern. Man hat jetzt Poincaré im Verdacht, er habe seine Namen wohlbedacht so gewählt, daß er zorniger Abgelenker der Radikalen gewiß war, und daß er nun erklären wolle: „Sie sehen, mit den Radikalen ist nichts anzufangen, ihre übermäßigen Ansprüche zu befriedigen, ist unmöglich, es bleibt also nichts übrig, als uns an die Gemäßigten zu halten.“ Wenn dies Poincarés geheimer Plan ist, so kann man seinem Ministerium, vorausgesetzt, daß es überhaupt geboren wird, einen rosenfarbenen Tod vorhersehen.

In der „Petite République“ macht der Genosse Jaurès, der in der Dreifus-Kampagne an allererster Stelle gesprochen hat, die folgenden sehr beachtenswerten Ausführungen über die gegenwärtige politische Situation in Frankreich:

Die Generale von der Gattung Parischmidt haben sich ungefragt auf ihrer eigenen Kundgebungen hingeworfen. Pellieux, Roget sind noch in Paris und befehlen. Voisidre steht noch auf der Heerde und lauert hinter den Kulissen. Tavernier, der wiederträchtige Untersuchungsbeamte, der gegen Picquart eine ungeheuerliche Anklageschrift aufbaute, ist mit der Untersuchung der du Paty'schen Straffache betraut. Es bereitet sich also eine neue Gerichtsprobe vor. Alle in der Dreifus-Sache oder in den Staatsstreich-Antrieben belasteten Führer warten auf eine Heimzahlung. Alle, die, wie Mercier, Voisidre, Gonle, Pellieux, Roget, vor dem Gesetze der Republik Angst haben müssen, warten ungeduldig auf einen Gewaltstreich, der sie vor dem Hochverratsgerichte retten soll. Wichtig: Sie bereiten diesen Gewaltstreich selbst vor. Die geheimen Zusammenkünfte zum Zwecke eines Staatsstreichs werden in den Offizierskreisen immer häufiger. Die Führer verschließen sich vor der Wahrheit in der Dreifus-Sache. Sie empören sich gegen den Augenzeugin. Der Hauptmann Carrière (der beim Kriegsgericht in Rennes als Ankläger waltete) hätte sich zweifellos die Versicherungen gegenüber dem Ausfinger des „Gaulois“, in denen er sich schon jetzt als Todfeind von Dreifus bekennt und das Urteil des höchsten Gerichts als nicht vorhanden, als Luft betrachtet, niemals erlaubt, wenn er nicht wüßte, daß eine gewaltige Militärverschwörung zur neuen Vergewaltigung des Unschuldigen im Werke ist, und daß das Kriegsministerium seine verbrecherischen Pläne wieder beginnt. Die Staatsstreich-Generale hoffen, die Regierung werde entweder einer geschickt vorbereiteten Ueberraschung am 14. Juli oder den um die Renner Verhandlungen veranlaßten militärischen Unruhen erliegen. Wir haben das Recht, eine wahnsinnige und feine republikanische Regierung zu fordern. Ein schwankendes und zweideutiges Ministerium, das die Aufrechterhaltung beunruhigen würde, ohne jedoch ihre Bestrafung zu wagen, würde die Wunde nur vergiften. Wir brauchen ein entschlossenes Ministerium, eine Regierung der Landesbestimmung, der republikanischen Rettung. In einigen Monaten kann alle Gefahr beseitigt, jede Schwierigkeit überwunden sein. Die außerordentlichen Führer ablegen, Republikaner zu den obersten Befehlshabern ernennen, die Verbrecher, die die Gesetze gebrochen, Fälschungen gehäuft, den Unschuldigen unterdrückt und sich gegen die Republik verschworen haben, vor das Hochverratsgericht stellen; das ist die dringende und notwendige Arbeit. Das künftige Ministerium braucht kein anderes Programm zu haben. Für dieses Werk der republikanischen Rettung könnte das neue Ministerium alle republikanischen Kräfte, die Gemäßigten ebenso wie die Sozialisten anrufen. Ganz gewiß würde niemand seinen Teil an der Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit ablehnen. Ist die Arbeit gethan, so legt das Ministerium seine Vollmachten in die Hände der Kammer zurück und sagt: „Jetzt, da die Empörer entwaffnet sind und die Republik außer Gefahr ist, können Sie versuchen, zur Arbeit der Verbesserungen zu schreiten. Wir haben unsere Pflicht gethan, Sie von der militärischen Bedrohung zu befreien. Jetzt mag jede Partei wieder ihren eigenen Weg gehen, und der Kampf der Gedanken und Programme kann wieder beginnen, da die Republik nicht mehr in Frage steht.“

Die Verhaftung eines italienischen Generals in Süd-Frankreich haben wir vorgestern gemeldet. Am Donnerstag kam der Vorfall in der italienischen Deputiertenkammer zur Sprache. In Beantwortung einer Interpellation des Deputierten Fabri bestätigte der Minister des Reichs Biscioni-Venosta, daß der General Giletta unter der Anklage, auf französischem Gebiete militärische Vorfälle gemacht zu haben, verhaftet worden sei. Biscioni-Venosta fügte hinzu, er könne sich über die Angelegenheit nicht weiter äußern, erkläre jedoch, daß die Regierung der Sache durchaus fern stehe. Die Regierungen beider Länder würden, wie er versichern könne, den Zwischenfall in freundschaftlicher Weise zu erledigen trachten.

Dem „Temp“ wird aus Nizza gemeldet: Der italienische General Giletta verfaßte eine Denkschrift, in welcher er die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückweist und sodann feststellt, daß die von ihm eingestandene Spionagemission vom Jahre 1889 datiere und daher verjährt sei. So ganz harmlos scheint die Geschichte von der „Vergnügungstour“ des Generals nicht zu sein.

Bulgarien.

Sofia, 16. Juni. Ein durch Maueranschlag veröffentlichtes, von sämtlichen oppositionellen Deputierten unterzeichnetes Manifest an die bulgarische Nation fordert zu Protest-Meetings gegen die Regierungspolitik der Verjährung des Landes auf.

Serbien.

Wintiger Zusammenstoß an der serbisch-türkischen Grenze. In Belgrad eingetroffene Meldungen besagen, zahlreiche albanische Bänder hätten im Verein mit nahezu 2000 Mann regulärer türkischer Truppen am Mittwoch die serbische Grenze in der Nähe des Bezirks Jabloniza angegriffen; die serbischen Bauern hätten lebhaften Widerstand geleistet; der Kampf habe den ganzen Tag gedauert und habe sich auf 20 Kilometer längs der Demarkationslinie ausgebreitet. Auf beiden Seiten seien mehrere Personen getötet, mehrere verwundet worden. Den Angreifern, die in bedeutender Ueberzahl waren, sei es gelungen, sich dreier Abteilungen der serbischen Grenztruppe zu bemächtigen und drei Dörfer zu blockieren. Die serbischen Militärbehörden hätten reguläre Truppen entsendet, um die Angreifer aus dem serbischen Gebiete zu vertreiben und die Ruhe wieder herzustellen. — Die Meldung insbesondere der Hinweis auf die 2000 reguläre türkische Truppen, klingt doch recht übertrieben.

Rumänien.

Die Antisemiten-Standale in Jassy. — Am Vorabend der Wahlen. — Die Krise in der sozialistischen Partei Rumäniens. Bukarest, 11. Juni.

Wir sind ein sehr unglückliches Volk. Lange Zeit waren wir der grausamen und schwachhellen Herrschaft der Vojaren unterworfen, heute tragen wir das Joch einer politischen Oligarchie. Ein Census-Wahlkörper, in welchem das Volk in das dritte Kollegium (Klasse) verbannt ist, so daß es einflusslos ist, hat die Geschicke unseres Landes in der Hand. Eine winzige Minderheit von Politikern, gestützt auf bestechliche Wähler, die sich aus allen Klassen des Lumpenproletariats rekrutieren und von dem Reichthümern für alles zu haben sind, regiert, unterdrückt, plündert und ruiniert unser armes Volk. Und wenn das Volk, aufs äußerste geizet, die Hand zornig erhebt, um sich seiner Peiniger zu entledigen, dann werfen diese ihm die Juden vor, gegen die leider noch das Vorurteil christlichen Aberglaubens besteht. „Das ist der Feind!“, sagt man dem Volk, „die Juden sind Schuld an Deinem Elend und an all Deinen Leiden“!

Es ist unendlich festgestellt, daß unsere Regierung die Juden hegen organisiert hat und bei ihnen mithilfe. Es ist notorisch und allernählich festgestellt, daß die Polizei des Stourdzja im Herbst 1897 die antisemitischen Unruhen hier in Bukarest veranstaltet hat. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß das gegenwärtige Kabinett Cantuzanu die jüngsten Exzesse gegen die Juden in Jassy hervorgerufen hat. Das demokratische Blatt „Adeverul“ geht so weit, zu behaupten, daß im gegenwärtigen Kabinett ein Minister sitzt, welcher die Judenhege als sein Haupt-Regierungsgeschäft betrachtet und betreibt.

Jedenfalls ist es eine Schmach und eine Liebertracht, wie man in Jassy an den Juden gehandelt hat. Wenn wir über die Natur dieser sogenannten Volksbewegung nur einen Augenblick im Zweifel sein könnten, so würde jeder Zweifel beseitigt durch einen Blick auf diejenigen, welche bei diesen Tumulten verhaftet worden sind. Ja, wenn es, wie die Antisemiten- und Regierungsblätter behaupten, das Volk wäre, das diese Schandthaten verübt hat, dann wäre das rumänische Volk der Freiheit nicht wert, dann könnte es seinen Platz haben unter den civilisierten Völkern und verdiente die Anerkennung. Das Volk hat mit diesen Tumulten aber nichts zu schaffen. Es ist der Auswurf der bürgerlichen Gesellschaft, der sich dazu hergegeben hat. Unter den 86 in Jassy Verhafteten waren 45 Ruffällige — das heißt Verbrecher, die unter Polizeiaufsicht und unter Polizei-Einfluß stehen. Die Kravaller waren schnapstrunken und zogen mit Wustl und einer Zahne in das Judenviertel, wo sie die Häuser der Juden verunreinigten und die Insassen mißhandelten, einige auch todschlugen — alles unter den Augen der Polizei, die erst einschritt, als das Schandwerk vollbracht war.

Die Regierung brauchte diese Exzesse, denn die bevorstehenden Wahlen machten es notwendig, daß sie denen, für welche die Judenhege politisches und sonstiges Kapital ist, ihren Antisemitismus zeigte. Es ist wahr, die Konservativen, welche jetzt am Ruder sind, finden sich keiner ernsthaften Opposition gegenüber, weil die Liberalen gespalten sind, aber im Schoß der konservativen Partei selbst herrscht Zwietracht und Interessen wie Personensucht. In einem Land wie dem unsrigen, wo das allgemeine Wahlrecht nicht besteht und es keine großen politischen Strömungen giebt, spielt die Interessen- und Leidenschaft der einzelnen Politiker naturgemäß eine große Rolle. Daher kommt es, daß in der Politik unseres Landes alle politische Moral so vollständig fehlt. Das Ueberlaufen aus einer Partei in die andere ist hier etwas Alltägliches und erregt gar kein Aufsehen. Ein gewisser Kleoa, der seit 30 Jahren in der liberalen Partei „arbeitete“, wird plötzlich konservativer, weil die Konservativen ihm einen Platz im Ministerium angeboten haben. Unersöhnliche Feinde von gestern liegen sich heute gerührt in den Armen; und niemand wundert sich darüber.

Die „fortschrittlichen Konservativen“, die augenblicklich in Opposition sind, gelten für besonders ehrenhaft. Wohl an — zu Beginn des Wohlstandes gab ihnen ihr Führer Carp den Rat, „sich je nach den Umständen entweder mit den Regierungsparteien oder den liberalen Oppositionsparteien zu verbinden und kein anderes Ziel zu haben als die Durchbringung möglichst vieler Kandidaten“.

Ein jeder befreit, daß dies für die sozialistische Partei eine äußerst günstige Lage ist. Aber es muß eine sozialistische Partei da sein; und zu meinem lebhaftesten Bedauern ist das, was sich in Rumänien sozialistische Partei nennt, durchaus nicht einheitlich, weder in Organisation noch im Prinzip. Und in Ermangelung eines klaren feststehenden Zieles hat die rumänische Socialdemokratie auf politischem Gebiet die wunderlichsten Seitenerien getrieben. Während der Arbeiterern unerschütterlich blieb, hatten viele der Führer eine wankende Reizung zu Allianzen mit den bürgerlichen Parteien. Einer der Herren schlug sogar vor, die Partei eine „demokratische nationale Partei“ zu nennen. Und selbst Lieblinge mit der Monarchie wurde nicht verschmäht.

Die Masse hat aber gegen diese „staatsmännisch-praktische Politik“ so kräftig protestiert, daß wir die faulen Elemente sehr bald ganz los sein werden, und eine gesunde Reorganisation der Partei mit Sicherheit zu erwarten ist.

Rumänien befindet sich jetzt auch inmitten einer schweren ökonomischen Krise. Das Kabinett Stourdzja hat für 80 Millionen Franken Staatsanleihe ausgegeben, weil es kein Geld für notwendige Staatsbauten hatte; die Konvertierung der Staatsanleihe ist mühsam — kurz, die Finanzen sind in dem traurigsten Zustande, Ebbe in allen Klassen. Dazu kommt der Mißwachs fast aller Produkte des Ackerbaues. In vielen Departements ist die Ernte total vermisst, in den anderen Departements wird sie kaum die Hälfte einer Durchschnittsernte erreichen.

Unser Land geht schweren Zeiten und einer schweren Krise entgegen.

Parlamentarisches.

Geschäftsdispositionen des Abgeordnetenhauses. Am nächsten Dienstag soll die Charte-Vorlage zur Verhandlung kommen. Die erste Sitzung der Kanal-Kommission ist zum 23. d. M. anberaumt; die nächste Sitzung der Kommission für die Gemeindefinanz-Vorlage findet am Dienstag den 20. statt.

Der Massenprotest gegen die Zuchthaus-Vorlage.

Die Protestbewegung gegen das neue Anebelgesetz nimmt in allen Teilen des Reiches ihren Fortgang. Einstimmig ist die Arbeiterklasse in der entschiedensten Verurteilung dieses Attentats auf ihr Koalitionsrecht. Täglich kommen neue Meldungen über zum Teil gewaltige Versammlungen in den großen Industriezentren, und neue Versammlungen werden angekündigt. Aber auch in den kleinsten Orten, wo es Klassenbewußte Arbeiter giebt, treten sie zusammen, um ihre Stimme, die man vorher hätte hören sollen, zu erheben und die strikte Ablehnung der Vorlage zu fordern.

Heute liegen wieder Meldungen vor aus Königsberg, wo die Hausarbeiter und Seelente in einer starken Versammlung protestierten, desgleichen von den Seelenten aus Hamburg, aus Bremen, wo 4000 Besucher nach einem Referat des Redateurs Genossen Dieberich einer energischen Protestresolution zustimmten, aus Kiel, wo die Arbeiter den größten Saal der Stadt bis auf den letzten Platz füllten, aus Darmstadt, wo Genosse Meyer vor weit über 3000 Personen referierte, Wilhelmsburg, 1000 Personen, Lübeck mit einer Miesenerversammlung, Herford (schon einmal verboten und dafür diesmal stark besucht) und Minden, einberufen von den National-Socialen und besucht von den Socialdemokraten, die gegen wenige Stimmen eine socialdemokratische Resolution annahm. In der Provinz Schleswig-Holstein sind für diese Woche eine große Anzahl Versammlungen angekündigt.

In Breslau protestierten die Metallarbeiter in einer großen Versammlung, in Striegau tagte gleichfalls eine imposante Versammlung.

In Jena tagte am Dienstag eine von 400 Personen, darunter auch Frauen und Madamen, besuchte Versammlung, die nach einem Referat des Genossen Th. Schwarz eine scharfe Resolution annahm. Eine kleinere Versammlung fand in Droßgitz bei Zeitz statt. In der Chemnitzer Gegend finden in diesen Tagen 14 Versammlungen statt.

In Frankfurt a. M. wurden am Dienstag in 11 Versammlungen gleichlautende Resolutionen angenommen, in Essen beschloß der socialdemokratische Verein einen Protest.

Das Gewerkschaftsblatt in Köln hatte, wie mitgeteilt, an die Vertretung der katholischen Arbeiter das Ersuchen gerichtet, mit ihnen gemeinsam zu protestieren. Darauf erhielten sie jetzt in einer längeren Aufschrift eine ablehnende Antwort. Ausgesprochen wird allerdings in dem Schreiben, daß auch die katholischen Arbeiter in der Vorlage die äußerste Gefährdung des Koalitionsrechts erblicken und statt dessen die Aufhebung aller des Koalitionsrecht beschränkenden Bestimmungen fordern. Die Gewerkschaften Kölns protestierten darauf in eigener imposanter Versammlung gegen die Vorlage.

Aus Bayern wird gleichfalls wieder über Versammlungen in Hof, Fürtz, Schweinfurt, Memmingen und Burglengenfeld berichtet.

Die Parteigenossen in Karlsruhe hatten um Ueberlassung der städtischen Festhalle ersucht, dies war ihnen jedoch abgeschlagen worden. Dafür war dann die im Reichshallen-Theater veranstaltete Versammlung um so härter — von ca. 3000 Personen — besucht, unter denen sich auch viele Angehörige der Arbeiterklasse befanden. Die Ausführungen des Referenten, Genossen Hendrich, wurden mit brausendem Beifall aufgenommen.

Aus der Umgegend Berlins kommen noch Meldungen über stark besuchte Versammlungen aus Potsdam, wo Genosse Baudert, Friedrichshagen, wo Genosse Hoch, und Wilmersdorf, wo Genosse K. Wed referierte.

In Forst i. Lausitz fanden gestern zwei überfüllte Protestversammlungen statt, die von 3500 Personen besucht waren. Hunderte fanden keinen Einlaß. Nach den Referaten von Klees und Wittrich wurden Protest-Resolutionen gegen das Anebelgesetz angenommen.

Eine etwas merkwürdige „Protestversammlung“ machten die National-Socialen in Jena. Herr Dr. Maurenbrecher sprach in scharfer Weise gegen die Vorlage und in einer einstimmig angenommenen Resolution wurde gefordert, die Vorlage glatt abzulehnen und nur den § 11 (Aufhebung des § 153 der C.-O.) anzunehmen. Danach hielt der Vorsitzende, Geh. Hofrat Prof. Welzer, eine Kolonialrede und brachte zum Schluß ein Hoch auf den Kaiser, den Redner von Dehnsausen, aus.

Beim Stiftungsfest des katholischen Arbeitervereins in Untergrombach bei Karlsruhe kam, wie man uns aus Baden berichtet, der Festredner Häner, Redacteur eines badischen Centrumsblattes, auf die Justizhausvorlage zu sprechen. Die Fassung derselben enthalte das Grab der Freiheit für die gesamte Arbeiterschaft; statt eines Polizeigesetzes sollte man den Arbeitern die Erweiterung der Socialgesetzgebung ohne jede Verminderung des Koalitionsrechts geben. Dann fügte der katholische Redner, der die Stimmung seiner Centrumsfraktion zu kennen scheint, hinzu:

Ohne den Abgeordneten, welche die Prüfung der Gesetzesvorlage zu ihrer Pflicht machen, vorgreifen zu wollen, ist es nicht nur unser gutes Recht, sondern auch unsere Pflicht, ihnen kund zu thun, wie man in interessierten Kreisen darüber denkt; und wir wollen hoffen, daß die Stimme der Tausende hier versammelten Arbeiter bis Berlin dringt und dort nicht ungehört verhallt.

Im Landtag von Sachsen-Koburg-Gotha hat Abg. Dod einen seltamen Widerspruch festgestellt zwischen einer Aeußerung des Staatsministers v. Strunge und der Angabe der „Denkschrift“ über angebliche Ausführungen in diesem Herzogtum. Herr v. Strunge hatte kürzlich erklärt, „daß hier im Lande keine Ausführungen zur Kenntnis der Behörden gekommen sind.“ Aber in der „Denkschrift“ sind eine ganze Reihe Einzelgeschichten aus dem Herzogtum berichtet. Das „Volkswort“ in Gotha erklärt diese Angaben der Denkschrift teils als unkontrollierbar, weil jede nähere Bezeichnung fehlt, teils als unrichtig.

Im Landtag von Meckl.-L. haben die socialdemokratischen Mitglieder beantragt:

„Der Landtag wolle beschließen, das Ministerium zu ersuchen, den Vertreter beim Bundesrat dahin zu instruieren, im Bundesrat gegen das Gesetz zum Schutze des gewerkschaftlichen Arbeitsverhältnisses“ zu stimmen, sofern dasselbe vom Reichstage angenommen werden sollte.“

Partei-Nachrichten.

Die italienischen Sozialisten in der Schweiz hielten am 10., 11. und 12. Juni in Bern ihren diesjährigen Kongreß ab, der von 88 Organisationen durch 27 Delegierte besucht war, zu denen sich noch eine große Anzahl weiterer Genossen als Gäste gesellten. Eine vom Kongreß angenommene Resolution erklärt die Notwendigkeit, die italienischen Arbeiter in der Schweiz zu organisieren, damit sie der schweizerischen Arbeiterschaft und ihrer Bewegung nützlich sein können, und erklärt ferner das wirtschaftliche Gebiet als dasjenige, auf dem die Unions-socialista di lingua italiana besonders thätig sein soll. Es wurde sodann die Errichtung eines italienischen Arbeitersekretariats beschlossen, das seinen Sitz in der deutschen Schweiz haben soll und zu dessen Sekretär der Schweizer Professor Balaz gewählt wurde. Der Landesauswärtiger, der bisher in Zürich war, wurde nach Lugano verlegt und als sein Stellvertreter der bisherige Redacteur des „Socialist“, Genosse Marachi, der ebenfalls Schweizer Bürger ist, bestellt, wie auch die übrigen Mitglieder des genannten Ausschusses nur aus Schweizern bestellt werden sollen, womit der Ausweisung der leitenden Personen ein Ende gemacht ist. Das Partei-Organ erhielt statt des bisherigen Titels „Il Socialista“ den Namen „Avvenire del Lavoratore“ („Zukunft des Arbeiters“) und es wurde für sämtliche Mitglieder der Landesorganisation obligatorisch erklärt.

Jules Guesde ist seit der vorjährigen Wahl (Mai 1898), in welcher er dem unerhörten Terrorismus des Unternehmertums, unterstützt durch die reaktionäre Regierung Melnes, erlag, kaum mehr an die Öffentlichkeit getreten. Demruhigende Gerüchte über seinen Gesundheitszustand verbreiteten sich, und dieselben waren auch nicht ganz unbegründet. Ein altes Halsleiden nahm einen bösen Charakter an, so daß die Freunde ernsthafteste Besorgnisse hegten. Die Ärzte schrieben eine Reise in den Süden vor und Enthaltung von aller anstrengenden und dem Geist anstrengenden Arbeit. Eine Zeitlang war Guesde in den Pyrenäen — mit dem besten Erfolg. Jetzt ist er in den Fichtentälern der „Londen“, wo er sich einer regelmäßigen Kur unterzieht, und seiner Genesung rasch entgegengeht. Am 9. Juli wird er, in Begleitung seines Freundes Legitimus, des sozialistischen Abgeordneten für Guadalupe, nach dieser Kolonie abreisen, um sich dort vollends für neue Kämpfe zu kräftigen. Die Genossen in Guadalupe, welche — es sind meistens Regier. — vortrefflich organisiert sind, haben die Absicht, ihm — was in ihrer Macht liegt — ein Mandat zu geben, da sie seine Anwesenheit in der Gesetzgebung für eine Notwendigkeit halten.

Wir sind überzeugt, den zahlreichen Freunden Guesdes in Deutschland mit diesen Nachrichten eine Freude bereitet zu haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— So was kann passieren. In der Verhandlung gegen den Genossen Städel vor der Strafkammer in Altenburg hielt ihm der Vorsitzende aus den Akten vor, welche Ausdrücke er seiner Zeit in Bezug auf den deutschen Kaiser gebraucht hätte. Dafür erhielt

Stücken seinerzeit von dem damals zuständigen bayrischen Gericht 8 Monate Gefängnis. Ein anderes bayrisches Schwurgericht hat wegen der gleichen Artikel freigesprochen, ebenso die Strafkammer in Brandenburg, einige weitere Gerichte haben ebenfalls verurteilt, in anderen Städten hat man gar keine Anklage erhoben, so in Leipzig und auch in Altenburg, denn einer dieser Artikel hat auch in dem damals in Altenburg erschienenen „Wähler“ gestanden!

— In **Harburg** wurde der Maurer Brehler vom Schöffengericht zu 16 M. Geldstrafe wegen Verleumdung der Harburger Polizei verurteilt. B. hatte in einer Versammlung das Verhalten der Polizei beim Bauarbeiterstreik kritisiert und dabei in lebhafter, etwas drastischer Weise seine Meinung dahin zum Ausdruck gebracht, daß die Polizei sich um Dinge kümmerge, die sie nichts angingen. In dem dabei gebrauchten Ausdruck wurde die Verleumdung gefunden.

— Die **Koalitionsfreiheit in Mecklenburg**. In Wismar wurde eine Gewerkschafts-Versammlung verboten, in der Reichstags-Abgeordneter Herr Herzfeld über das Thema „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ sprechen sollte. Als Grund wurde angegeben, daß das gewählte Lokal ein solches sei, in dem vorwiegend politische Versammlungen abgehalten würden, und sodann „die Stellung des Dr. Herzfeld in der politischen Partei“.

— **Wegen veräuselter Anmeldung** von Änderungen im Vorstande wurden in Frankfurt a. M. eine Anzahl Vorstandsmitglieder sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Vereine mit Strafzetteln bedacht. Die Weisheit beantragte gerichtliche Entscheidung und machte geltend, daß nur der Vorsitzende haftbar sein könne und daß überdies bisher die Behörde vielfach Stundung für die Anmeldung gewährt habe. Das Gericht erklärte sie jedoch für mitverantwortlich und erkannte gegen vier Mann auf je 5 M. und gegen fünf Mann auf je 15 M. Mit Strafzetteln sind noch eine ganze Anzahl von Vorstandsmitgliedern gewerkschaftlicher Vereine bedacht worden.

Zur Massenansperrung der Berliner Maurer.

Das vereinigte Unternehmerium des Baugewerbes plant einen Gewaltstreik: Herr Jellisch hat für Montag eine Versammlung des Bundes deutscher Baugewerksmeister (vereinigte Innungen) einberufen, in der Stimmung dafür gemacht werden soll, die **Ausperrung auf ganz Deutschland auszudehnen**. In der Versammlung der Unternehmer Freitagmittag teilte der Vorsitzende noch mit, daß die zuständigen Behörden und Bauleiter den Unternehmern das **möglichste Entgegenkommen** während der Ausperrung zugesichert hätten.

Die Unternehmer haben das Syndikat der Mörtelwerke ersucht, den Unternehmern, die noch weiter arbeiten lassen, die Mörtellieferung zu sperren. Auch an Stein- und Ziegellieferanten sind gleiche Ersuchen gerichtet worden.

Die Ausständigen bzw. Ausgesperrten hielten gestern bei Keller, Koppensstraße, eine sehr stark besuchte, von der Lohnkommission der centralen Richtung einberufene Versammlung ab. Der große Saal und die Galerie war bis auf den letzten Platz besetzt. Bereits um 1/2 12 Uhr erfolgte die polizeiliche Absperrung der um 2 Uhr angesetzten Versammlung. Nach dem Bericht, den Silber Schmidt erstattete, waren bis gestern vormittag bei der Lohnkommission 3888 Maurer von der centralen Richtung in den Listen als Streikende bzw. Ausgesperrte eingetragen. Davon sind in Berlin 1598, in den Vororten: Steglitz, Bichterfelde und Friedenau 220 Maurer ausgesperrt, während 2025 Maurer wegen Nichtbewilligung des geforderten Stundenlohnes von 65 Pf. die Arbeit eingestellt haben. Eine große Zahl arbeitet bereits zu den neuen Bedingungen. Ein sehr starker Prozentsatz der unverheirateten Maurer hat Berlin verlassen und ist abgereist, um ihren älteren Kollegen Platz zu machen.

Vielen Unternehmern und nicht zum wenigsten den Innungsmitgliedern selbst scheint der Beschluß des Unternehmerbundes nicht angenehm zu sein und sie versuchen, durch allerlei Manipulationen sich der für sie schlimmen Lage zu entziehen. So hat ein Unternehmer einem Arbeiter Geld gegeben, damit derselbe auf seinem Namen Mörtel kauft, um den Anschein aufrecht zu erhalten, daß auf dem betreffenden Bau nicht gearbeitet wird. Ein anderer Unternehmer, der in Rücksicht auf seine Kollegen wohl den geforderten Stundenlohn von 65 Pf. ablehnte, versprach den Arbeitern, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, eine wöchentliche Gratifikation von 8 M. Auch ist ein Fall vorgekommen, wo der Unternehmer den Auftrag gab, bei einer etwaigen Kontrolle der Innung die bei ihm beschäftigten Arbeiter als seine Verwandten zu bezeichnen. Alle sonstigen Vorkommnisse in den letzten Tagen berechtigen zu der Ansicht, daß die Situation für die Arbeiter keineswegs ungünstig ist.

Obwohl die angeführten Zahlen auf Genauigkeit keinen Anspruch machen können, so ist doch gewiß, daß der Kampf immer weitere Kreise zieht. Durch das brutale Vorgehen der Unternehmer wurde unter den Arbeitern eine allgemeine Entrüstung hervorgerufen, so daß die Beteiligung an der Bewegung zur Erreichung des Stundenlohnes von 65 Pf. als eine völlig einmütige bezeichnet werden kann. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auf die Verhaltensmaßregeln bei den Absperrungen hingewiesen und aufgefordert, wie bisher, in jeder Beziehung ruhig und besonnen vorzugehen und überall den Beschlüssen entsprechend zu handeln. Mit einem begeisterten Hoch auf das Gedeihen der Bewegung erfolgte der Schluß der in größter Ruhe verlaufenen Versammlung.

Die **Maurer der lokalen Richtung**, die gestern Abend gleichfalls bei Keller, Koppensstraße, eine sehr stark besuchte Versammlung abhielten, schloßen nach längerer Diskussion folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß der Arbeitgeberbund rücksichtslos auch diejenigen Maurer ausperrte, die mit der Lohnbewegung nicht einverstanden waren und nach der ganzen Stellung, die die Leiter des Bundes in Wort und Schrift bisher beklundet haben („Baugewerks-Zeitung“ Nr. 47 vom 14. Juni) auch nicht anzunehmen ist, daß es sich lediglich um die Nichtbewilligung des 65 Pf. Stundenlohnes handelt, sondern dem Bund es darauf ankommt, unsere Organisation zu zerstören, beschließt die Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend (Vertrauensmänner-Centralisation):

1. Überall da, wo die Arbeitgeber nur teilweise Aussperrungen vorgenommen haben, jedoch auf den dringenden Vorstellungen bewilligt haben und arbeiten lassen, ist am Sonnabend, den 17. d. M. früh dem Unternehmer die Forderung zu stellen, auf allen Bauten zu bewilligen. Tritt die Bewilligung nicht ein, so ist sofort die Arbeit niederzuliegen.

2. Bei allen Arbeitgebern, wo die Forderung von 65 Pf. noch nicht bewilligt ist, treten die Kollegen Sonnabend früh mit der Forderung an dieselben heran und legen im Fall der Nichtbewilligung ebenfalls die Arbeit nieder.

Die Versammlung beschloß ferner: „Da zu einem solch schweren und aufgebregenen Kampf enorme Mittel gebraucht werden und notwendig sind, die Beisteuer zum Streiffonds für jeden arbeitenden Kollegen beträgt 50 Pf. — Die Streikunterstützung beginnt jedoch

mit dem siebenten Streiktag als ersten Tag für diejenigen Kollegen, die täglich zwei Stempel in der Streik-Kontrollkarte aufzuweisen haben und beträgt für jeden Streikenden pro Tag 2 M., für jedes Kind pro Woche 1 M., für drei Tage 50 Pf.

Von der Streikunterstützung ist ausgeschlossen, wer sich den geschäftlichen Anordnungen laut Streikreglement nicht fügt und auch derjenige, dem durch die Kommission nach außerordentlich Arbeit nachgewiesen wird und dieselbe ohne ganz triftige Gründe verweigert.

Die unverheirateten Kollegen halten es als Ehrenpflicht, selbst auf bewilligten Bauten den hier verheirateten und ansässigen Kollegen Platz zu machen und Berlin zu verlassen. Reise-Unterstützung wird per Bahn 4. Klasse bis zum bestimmten Ort gewährt.

Jeder unserer Centralisation angehörige Kollege hat sich im Besitz einer Streikkontrollkarte zu setzen, und zwar die arbeitenden sowie die streikenden, und sind zu diesem Zweck am Sonntag früh von 9 bis 11 Uhr die Filialen geöffnet. Die Kollegen haben sich zur Entnahme dieser Karten nach der Zahlstelle ihres Wohnbezirkes zu wenden und die Sammelkarte vorzulegen.

Der Referent Hr. Kater sowohl als auch die Diskussionsredner betonten, daß besonders die Maurer der lokalen Richtung diesen Kampf nicht provokiert haben, und daß der Kampf den Arbeitern von den Unternehmern aufgezwängt worden ist. Alle Redner bekräftigten den nicht mehr obwendbaren Kampf mit der ganzen Kraft zu führen und infolge der ersten und nun veränderten Situation auch die Taktik zu ändern, wie sie von der Kommission in der Resolution in Vorschlag gebracht ist.

Auch die **Bauarbeiter (Hilfsarbeiter)** sind bereits in großer Zahl in den Kampf der Maurer einbezogen; sie hielten ebenfalls am Freitagabend eine Versammlung ab. Der große Saal bei Cohn, Deutstr. 20, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Den Ausführungen des Vertrauensmannes R o a d zufolge sind bis jetzt etwa 1000 Bauarbeiter, darunter 800 Familienväter, durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogen. Die Kommission schlägt den unverheirateten Kollegen vor, Berlin unverzüglich zu verlassen. In Bessfallen sei Arbeitsgelegenheit vorhanden, und wer dahin gehen wolle, dem werde die Kommission das Reisegeld zahlen. Um die Zahl der Unterstützungsberechtigten zu vermindern, sollten die Ausgesperrten eventuell andere Arbeit, das heißt nicht auf Bauten, annehmen. — Der Vorsitzende des Central-Verbandes, K r e n z - Hamburg, betonte in längerer, eindrucksvoller Rede, wie notwendig und selbstverständlich es sei, daß sich die Bauarbeiter in diesem den Mauern aufgegebenen Kampfe mit ihren Arbeitsbrüder solidarisch erklären und den Kampf bis zu Ende durchführen. Der Verband stehe mit seinen Mitteln hinter den Ausgesperrten und werde dieselben in weitestem Maße unterstützen. Die Lohnkommission empfahl eine Resolution folgenden Inhalts:

Da die Bauarbeiter durch die Aussperrung der Maurer in Mitleidenschaft gezogen sind, erklären sie sich mit denselben in vollem Umfange solidarisch. Die Ausgesperrten verzichten für die erste Woche auf jede Unterstützung. Von der zweiten Woche an erhält jeder Ausgesperrte pro Woche 10 M., und die Verheirateten für jedes Kind 1 M. besonders. Die Weiterarbeitenden sind verpflichtet, von ihrem Verdienst 10 Proz. an die Streikkasse zu zahlen. Die Unverheirateten haben Berlin zu verlassen und bekommen das Reisegeld.

Die Resolution wurde ohne Widerspruch angenommen. Am Montagvormittag 10 Uhr findet in Cohns Saal eine Versammlung der ausgesperrten Bauarbeiter statt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Ein **Maurerstreik** ist auch in Darmstadt ausgebrochen. Es streiken beinahe 600 Mann. Die von den Unternehmern abgelehnten Forderungen sind zehnstündige Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn.

Ausland.

Der **Textilarbeiterstreik in Brann** steht noch auf dem alten Fleck. Die Fabrikanten bleiben halbstarrig in der Forderung, die Arbeiter anzukuhnen. Daß ihnen das nicht so leicht gelingen dürfte, dafür diene als Beweis die nachstehende Schilderung der „Wiener Arbeiterzeitung“ über einen Tag in Brann, die den unter den Streikenden herrschenden Geist und die Art, wie der Streik geführt wird, lebendig vorzeichnet:

Von Tagesanbruch an (am 12. Juni, wo die Fabrikanten, wie schon mandmal, die Tore ihrer Fabriken in Erwartung der Streikbrecher weit aufgesperrt hatten) hatten sämtliche Fabriken eine kleine Ehrengarde, aus verlässlichen Genossen bestehend; sie hatten nicht etwa „Arbeitswillige“ abzuhalten, sondern sie sollten sie nur zählen, wenn welche gekommen wären. Bei unserer Rundfahrt konnten wir überall den Bericht entgegennehmen, daß „alles in Ordnung“, daß kein Mann und keine Hand sich zur Arbeit einstellt. Unter manchem Fabrikator sah man sie und da einen Fabrikdeamten oder einen Portier, die mürrisch dreinsahen, als ob sie sich der Ruhe nicht freuen, die ihnen die Arbeiter verschafft. So still es da war, so lebendig ging es her auf den Straßen, die von den Dörfern herein nach Brann führen. Da kamen in langen Zügen die Streikenden heranzumarschieren: voran meist die Frauen in ihrer bunten Tracht, in der Mitte eine Musikkapelle, dann die Männer. Die Mehrzahl mit Blumen und Laub geschmückt oder einen großen Strauß am langen Stöck gleich einer Standarte schwingend, so zogen sie, ihre Pieder singend und sich gegenseitig mit lautem, frohlichem „Na zdar!“ begrüßend, zur Stadt. Der weite Hof des „Arbeiterheim“ schien schon dicht gefüllt, die Versammlung hatte schon begonnen, da mußte Genosse Durian seine Rede unterbrechen, denn der letzte Zug, der von Wösch und Julienfelde, kam an. Von der Straße her durch Musik und laute Willkommrufe angekündigt, marschierten sie durch die schmale Gasse, die die Kopf an Kopf eng gedrängt stehenden Leute offenhielten, brachten ihre Blumensträuße zur Tribüne und rangierten sich dann in voller Ordnung in einem weniger stark besetzten Teil des Hofes, zum Teil mühten sie auf der Straße bleiben. Die Versammlung nahm ihren Fortgang; nach Durian sprach Genosse Adler. Das Ausscharen im Streik wurde nicht erst beschlossen, der Kampfesmut und die Entschlossenheit, nicht nachzugeben, sprachen aus jedem Atemzuge der Versammelten.

Dann kam die Anzehlung: ärmliche 70 Kreuzer für den Kopf. An 10 Tischen im Hofe wurde ausgezählt; draußen in den Vororten, und auf den Dörfern giebt es weitere zwölf Zahlstellen. Die Läden waren umdrängt von Wartenden, aber es gab kein Gedränge, kein Stößen, kein Kreischen. Ein Genosse ruft die Namen auf, ein zweiter zählt ab, ein dritter kontrolliert, alles geht wie am Schnürchen, ohne Hast, ohne Weidung. Diein im Saale wird Brot ausgeteilt, mit derselben Ruhe wie draußen spielt sich das ab. In der Mitte des Hofes aber spielt die Musik und drehen sich lustig die tanzenden Paare... — So geht es einen Tag wie den anderen.

Soziale Rechtspflege.

Reichs-Versicherungsam. Ist einem Arbeiter in einem Betriebe ein Unfall zugefallen, so hat er zur Sicherung seiner Rentenansprüche sofort die Arbeit niederzuliegen und sich möglichst bald zu einem Arzte zu begeben. Wie notwendig es ist, daß die Arbeiter nach diesem Grundsatz handeln, lehrt folgender Vorfall. Der Hölzer L hatte sich im Betriebe der Firma Sager u. Klüssmann zu Lübeck beim Ausheben eines 4 Centner schweren Rippwagens einen doppelten Leistbruch zugezogen. Trotz der Schmerzen, die sich einstellten, arbeitete L weiter. Am nächsten Morgen machte er dem Arbeitgeber, der Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft ist, von dem Vorfall Mitteilung, arbeitete aber

auch jetzt noch den ganzen Tag und suchte erst am dritten Tage einen Arzt auf. Dieser konstatierte das Vorhandensein eines Bruches, zu dem aber schon die Anlage dagewesen sei“. Auf Grund dieses Gutachtens wurde ein Betriebsunfall als nicht vorhanden angenommen und L wurde mit seinem Rentenanspruch von der Berufsgenossenschaft und später auch vom Schiedsgericht, das er anrief, abgewiesen. Auch das Reichs-Versicherungsamt schloß sich den Abweisungsgründen des Schiedsgerichts an und verworf den Rekurs. Der Vorsitzende, Geheimrat Essie, begründete den Spruch des Gerichts eingehend. Danach ist für die Annahme einer schon vorhandenen Verletzung eine Veranlassung maßgebend, daß L im Stande war, die Arbeit fortzusetzen, was ihm im andern Falle unmöglich gewesen wäre. Auch der Einwand des Vertreters des Klägers, daß L sich nicht mehr ernstlich beschäftige, könne daran nichts ändern. Bestärkt würde das Gericht in seiner Annahme aber gerade durch das erfolgte Eintreten eines doppelten Bruches. Das vom Kläger beschaffte Gutachten, welches sich grade hierauf stützt, sei derfehl. Ein Obergutachten erkläre sich dadurch, daß solche über gleichartige Fälle mehrfach vorlägen.

Landwirtschaftlicher Unfall oder Bau-Unfall? Der Landwirt Selmann hatte den Arbeiter Gubliks beauftragt, Steine zu sprengen, die für einen Stallbau bestimmt waren. Bei dieser Arbeit verletzte sich G. die Finger. Nachdem er verzögert bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente beantragt hatte, wandte er sich an die Baugewerks-Berufsgenossenschaft. Diese wies ihn ebenfalls ab, indem sie die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für entschädigungspflichtig hielt. Wegen dieses Bescheides legte G. die Berufung ein. Das Schiedsgericht veranfaltete eine Beweiserhebung über den Umfang des Stallbaues und wies dann die Berufung zurück. Das Gericht hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Bau zu den Arbeiten gehöre, die bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert seien. Der Umfang der Arbeit wäre nur ein geringfügiger gewesen und im wesentlichen hätten die Weisiger aus der Nachbarschaft den Bau aus Gefälligkeit aufgeführt.

Der Kläger griff nunmehr zum Rechtsmittel des Rekurses und machte geltend, daß er den Bau als Hausmann geleitet haben würde, wenn er nicht verunglückt wäre. Die Arbeit sei auch keine schnell vorübergehende gewesen, denn sie habe an etwa 100 Tagen stattgefunden. Das Reichs-Versicherungsamt beurteilte nach entsprechenden Ermittlungen die Baugewerks-Berufsgenossenschaft, dem Kläger die Rente zu gewähren. Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Zunächst wäre anzunehmen, daß die Sprengthätigkeit des Klägers eine Bauarbeit gewesen sei, weil die Steine zum Neubau eines Stalles gebraucht werden sollten. Als Unternehmer sei der Landwirt selbst angesehen worden. Es handele sich aber auch um eine bei der Baugewerks-Berufsgenossenschaft versicherte Bauarbeit. Neubauten könnten nur unter besonderen Umständen als Teile einer Landwirtschaft angesehen werden. Hier sei dies nicht angedacht, da der Stallbau im Verhältnis zu der kleinen Landwirtschaft des S. zu umfangreich gewesen sei, um als Teil der landwirtschaftlichen Tätigkeit gelten zu können.

Das Schiffs- Unglück beim Züllchower Freistaden.

Das Schiffsunglück beim Züllchower Freistaden erfolgte in der Weise, daß die beiden etwa 100 Fuß langen Dampfer „Blücher“ und „Pölig“ zusammenstießen. Der von Stettin kommende „Blücher“ war im Begriff fortzufahren und der „Pölig“, von Pölig kommend, im Begriff anzulegen. Durch falsches Manövrieren des letzteren ramnte sein Steven mittschiffs den „Blücher“ an und dieser sank nach einigen Minuten. Auf dem Schiffe befanden sich hauptsächlich Kinder aus den naheliegenden Ortschaften, welche aus den Schulen in Stettin zurückkehrend, diesen Dampfer zur Heimfahrt benutzten. Die Gesamtzahl der Passagiere wird auf einige fünfzig angegeben, von denen der größte Teil getötet sein soll. Als verletzt ist bisher nur ein Passagier gemeldet, der sich ein Bein gebrochen hat und in das Johanniter-Hospital in Züllchow geschafft wurde. Von dem verunlunden Schiffe, welches in 7 Meter Tiefe liegt, ragt nur ein Mast einige Fuß über dem Wasser empor. Leichen sind bisher trotz aller Mühe noch nicht geborgen; doch werden die Bergungsarbeiten unausgesetzt betrieben. Alle Anstalten sind getroffen, das Fahrzeug zu heben und die im Stamm befindlichen Leichen zu bergen. Da die Vermissten sich auf verschiedene Ortschaften der Umgegend verteilen, war es den Behörden bisher nicht möglich, die genaue Zahl derselben festzustellen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Kabinettsbildung Poincarés gescheitert.

Paris, 16. Juni. Die Besprechungen, welche heute Nachmittag und am heutigen Abend bei Poincaré stattfanden, um Briffon, Sarrien Gelegenheit zu geben, sich mit ihren politischen Freunden über den Stand der Dinge zu besprechen, sind resultatlos verlaufen. Das Bureau der demokratischen Linken war am Nachmittag in dringlicher Sitzung zusammengetreten und hatte beschlossen, daß man die Vorschläge Poincarés wegen der Zugehörigkeit Barthous zum Kabinett nicht annehmen könne.

Deshalb wurden die Unterhandlungen abgebrochen. Poincaré begab sich ins Elisee und gab den Auftrag zur Kabinettsbildung in die Hände des Präsidenten zurück.

Paris, 16. Juni. (W. T. U.) Präsident Loubet wird morgen nachmittag mit mehreren ehemaligen Ministerpräsidenten konferieren, insbesondere mit Briffon, Meline und Ribot. Loubet wird voraussichtlich Deleassé den Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, erteilen. Auch der Name Waldeck-Roussaus tritt sehr in den Vordergrund.

Paris, 16. Juni. (W. T. U.) Das Justizpolizeigericht verurteilte in dem Prozeß gegen die an der Kundgebung in Lutuil Beteiligten zwei der Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis, einen zu 2 Monaten, einen zu 1 Monat, und zwei andere, darunter den Grafen Dion, zu 14 Tagen Gefängnis. Einer der Angeklagten wurde zu einer Geldstrafe von 200 Frs. verurteilt, ein anderer freigesprochen.

Rom, 16. Juni. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer setzte die Beratung der Vorlage betreffend die politischen Maßnahmen fort. Nach einer lebhaften Debatte wurde auf Antrag Arcoleas, der von Rudini und Sonnino warm unterstützt wurde, der erste Artikel unter großer Erregung an die Kommission verwiesen und die Sitzung geschlossen.

Madrid, 16. Juni. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer hat sich konstituiert. Ribal wurde zum Präsidenten wiedergewählt. Im Senate setzte Almenas die Angriffe gegen die Generale fort und verlangte, daß der frühere Kriegsminister Cerdera wegen der Kapitulation von Santiago vor ein Gericht gestellt werde.

New York, 16. Juni. (W. T. U.) Einer Meldung aus Manila zufolge verläutet dort gerüchtheilt, daß Aguinaldo von den Anhängern Luna s ermordet worden sei.

Halifax (Neu-Schottland), 16. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine sehr heftige Explosion hat in dem Kohlenbergwerk Caledonia am Kap Breton stattgefunden. Zwanzig Leichen sind bereits hervorgezogen worden. Man befürchtet, daß 120 Personen getötet worden sind.

Johannesburg, 16. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) In einer Versammlung von etwa 5000 Würgern, welche gestern Abend hier stattfand, wurden mehrere Resolutionen angenommen, in welchen die Vorschläge des Präsidenten Krüger und die Handlungsweise des Volksrats gebilligt werden, ferner dem Vertrauen Ausdruck gegeben wird, daß der Präsident und die beiden Raads fähig seien, alle Streitfragen zu regeln.

Reichstag.

94. Sitzung. Freitag, 16. Juni 1899. 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Bülow, v. Posadowsky, Frhr. v. Tschammer.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich.

Danach soll für die Zeit nach dem 30. Juli 1899 der Bundesrat ermächtigt werden, den Angehörigen aus den Erzeugnissen Englands und seiner Kolonien bis auf weiteres diejenigen Vorteile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meist begünstigten Landes gewährt werden.

Abg. Graf v. Kanitz (l.):

Als wir im vorigen Jahre das Handelsprovisorium verabschiedeten, hofften wir, daß es gelingen würde, die dem Abschluß eines Handelsvertrages entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Leider ist dies nicht gelungen und wir stehen daher jetzt vor der traurigen Thatsache, daß das Provisorium verlängert werden muß. Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß sich seitens der englischen Kolonien immer mehr das Bestreben geltend macht, selbständige Wirtschaftsbereiche zu bilden und sich von dem Mutterlande unabhängig zu machen. Die englische Regierung ist also auch beim besten Willen nicht in der Lage, auf die Zollpolitik ihrer Kolonien einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Wir müssen also unsere Zollpolitik darauf einrichten, daß wir die englischen Kolonien auch als selbständige Länder behandeln, was sie ja sein wollen. Besonders hat sich dies ja in Bezug auf Kanada gezeigt, indem diese englische Kolonie bereits von der Weisbegünstigung ausgeschlossen ist. Diese Behandlung Kanadas als nicht meistbegünstigtes Land ist aber vorläufig praktisch unwirksam gewesen, weil unsere Zollbehörde keine Kontrolle darüber hat, ob Waren aus Kanada stammen. Es wäre daher nötig auch für diese Waren ein Ursprungszeugnis zu fordern, wie es einzelnen Waren anderer Länder z. B. Spanien gegenüber jetzt schon freilich in sehr geringem Umfange geschieht. Im März dieses Jahres soll nach Zeitungsnachrichten der Bundesrat die Frage beschließen, ob auch für kanadische Erzeugnisse ein Ursprungszeugnis zu fordern sei, man hat aber die Notwendigkeit einer derartigen Maßregel nicht anerkannt. Ich komme nun zu Britisch-Ostindien. Dort ist vor kurzem ein Zuschlagzoll auf Zuder aus Ländern mit Zuderprämie beschlossen worden, doch richtet sich dieser Zoll nicht gerade gegen Deutschland, da z. B. der französische Zuder weit mehr befreit wird. Nach den Verhandlungen, die gestern erst im englischen Parlamente stattfanden, haben wir aber zu erwarten, daß die englische Regierung selbst recht bald einen solchen Zuschlagzoll auf Länder mit Zuderprämien legt. Weiter will ich auf die englischen Kolonien nicht eingehen. Es ist ein alter Mißstand, daß wir unseren Zolltarif gebunden haben und nicht in der Lage sind, unsere Zollsätze so zu erhöhen, wie das andere Länder thun. Ich bin nie ein Freund der rücksichtslosen Weisbegünstigung gewesen, deren sich jetzt die englischen Kolonien und andere Länder erfreuen. Eine selbstverständliche Voraussetzung der Weisbegünstigung ist, daß die Zolltarife der beiderseitigen Länder so beschaffen sind, daß sie einen äquivalenten Waren Austausch mindestens gestatten. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, erhöht das eine Land in rücksichtsloser Weise seinen Zolltarif, so kann es selbstverständlich nicht den Anspruch darauf machen, von anderen Ländern als meistbegünstigt behandelt zu werden, und die Vorzüge der dortigen niedrigen Tarife zu genießen. Ich bitte Sie dringend, den einzigen Ausweg, den es aus der jetzigen schwierigen Situation giebt, zu betreten und sobald als möglich den lange versprochenen autonomen Zolltarif aufzustellen mit so hohen Zollsätzen, daß wir die Zollrückstellungen anderer Länder kompensieren können. Hand in Hand gehen damit muß, wie schon erwähnt, eine Ausdehnung der Forderung von Ursprungszeugnissen. Zum Schluß empfehle ich Ihnen die Annahme der Vorlage unter der Voraussetzung, daß die Worte „bis auf weiteres“ erlegt werden durch Einschaltung eines bestimmten Termins, sagen wir „bis zum 30. Juli 1900“. An unsere Regierung richte ich die Bitte, dafür zu sorgen, daß der Waren Austausch zwischen Deutschland einerseits und den englischen Kolonien andererseits sich so gestaltet, daß wir dabei nicht zu kurz kommen. Unserer Industrie müssen die gefährdeten Abgabengebiete mit allen zulässigen Mitteln erhalten werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Deinhardt (natl.):

(auf der Tribüne fast unverständlich) bringt die vom englischen Unterhause beschlossene Erhöhung der Finanzzölle auf ausländische Weine zur Sprache. (Da der Redner auch im Hause unverständlich bleibt, wird: Lauter! gerufen. Redner dreht sich um und fragt erstaunt: Was? Präsident Graf V. V. V.: Herr Abgeordneter, man wünscht, daß Sie lauter sprechen. (Weiterlekt.) Er hoffe, daß der Reichszolltarif seinen Einfluß ausüben werde, um den deutschen Weinhandel vor ungerechtfertigten Schädigungen zu bewahren, und ist im übrigen gleichfalls für Beschränkung der Geltungsdauer des Handelsprovisoriums.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

spricht sich im Sinne des Grafen Kanitz, namentlich gleichfalls für die Beschränkung der Geltungsdauer aus. Wenn der Vorredner mit seinen Behauptungen recht habe, so sei es sehr merkwürdig, warum nicht der deutsche Gesandte bei der englischen Regierung vorstellig geworden sei, um Schädigungen des deutschen Weinhandels abzuwenden, während doch der französische Gesandte auf seinem Posten gewesen sei. Es werde ihm lieb sein, von dem Regierungsvertreter Aufklärungen über diesen Punkt zu erhalten. Redner empfiehlt schließlich noch einmal, die Geltungsdauer auf die Zeit bis zum 1. Juni 1900 zu beschränken.

Abg. Dr. Köhler-Kaiserslautern (D. d. L.):

ist der Ansicht, daß die nervöse Blödsinnigkeit der Zeit es liebe, heute Maßregeln zu treffen, die morgen als verfehlt sich herausstellen. Da England selbst nicht in der Lage sei, etwas anderes zu gewähren als Zollfreiheit, so sei als Äquivalent von deutscher Seite die Weisbegünstigung in den Kolonien zu fordern. England sei keineswegs so einflußlos gegenüber seinen Kolonien, wie gemeinhin behauptet werde: Ostindien sei noch dazu nicht autonome Kolonie, sondern Kronland; die dortigen Differenzialzölle seien direkt auf den englischen Viceregenten zurückzuführen. Die Schläffheit der Regierung bei Verhandlungen mit dem Auslande werde in den breiten Schichten der nationalgesunden Bevölkerung nicht verstanden. (Sehr richtig! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

tritt der Annahme entgegen, als ob die deutsche Regierung bei den Verhandlungen es an der nötigen Energie habe fehlen lassen. Wenn von der Zustimmung weiter Kreise gesprochen wird, so ist stets zu fragen, welche Kreise gemeint sind. Die eine Gruppe von Industriellen, die irgendwie geschädigt wird, möchte am liebsten alle Handelsbeziehungen zu dem betreffenden Lande abgebrochen wissen, während morgen wieder eine andere Gruppe von Himmelshochschwärtern, den Handelsvertrag unter allen Umständen zu stande zu bringen. Die kanadischen Differenzialzölle, die dem Mutterlande einen Vorzugstarif von 25 Proz. gegenüber anderen Nationen gewähren, waren keineswegs, wie der Vorredner behauptet hat, der Regierung beim Beginn der Verhandlungen unbekannt; würde er sich die Mühe gegeben haben, die dem Entwurfe beigegebenen Motive durchzustudieren, so würde er gefunden haben, daß diese Thatsache der Regierung keineswegs unbekannt geblieben, vielmehr von ihr in der nötigen Weise berücksichtigt worden ist. Sollen wir aber, möchte ich hier denn doch fragen, deshalb weil eine englische Kolonie dem

Mutterlande einen Vorzugstarif von 25 Proz. gewährt hat, sollen wir deshalb uns in einen Zollkrieg mit einem Lande hineinreiben lassen, mit dem die engsten Beziehungen politischer, handelspolitischer, ich darf wohl sagen freundschaftlicher Natur uns verbinden? Das dürfte im Ernst doch wohl niemand verlangen. (Sehr richtig! links.) Daß die andern englischen Kolonien oder ein erheblicher Teil derselben dem Beispiel Kanadas in Bezug auf die differenzielle Behandlung der deutschen Waren folgen werde, ist gewiß nicht zu befürchten; dazu sind die Engländer viel zu gewiegte Kaufleute und nichterne Redner, die anßerdem nicht vergessen werden, daß mehr Waren aus den englischen Kolonien nach Deutschland, als Waren aus Deutschland nach den englischen Kolonien ausgeführt werden. Von der Einführung von Ursprungszeugnissen gegenüber Kanada müssen wir absehen, weil solche mit unendlichen Scherereien und kolossalen Belästigungen für den Handel verbunden sind. Auf dem Papier mögen sich solche Maßregeln ganz gut ausnehmen, denn das Papier ist geduldig; wie schwer sie aber in der Praxis sich durchzuführen lassen, wird mir jeder bezeugen, der diese Dinge aus der Anschauung kennt. (Sehr richtig!) Graf Kanitz hat die ostindischen Ausfuhrprämien zur Sprache gebracht. Auf die streitige Frage, ob in der Erhebung von Zuschlagzöllen gegenüber Ländern mit Ausfuhrprämien eine Verletzung der Weisbegünstigung liegt, will ich mich hier nicht einlassen. Wir werden dieselbe nach den praktischen Erfordernissen des Einzelfalles und nicht von einem vorgefaßten Princip aus entscheiden. Ich gebe dem Grafen Kanitz recht, daß gerade die Freunde der Handelsverträge einen autonomen Tarif mit hohen Zollsätzen wünschen müssen. (Zustimmung rechts.) Bezüglich des englischen Weiszolles ist der deutsche Gesandte in London vorstellig geworden; es ist ihm gelungen, die Herabsetzung von 1 1/2 auf 1 Schilling zu erwirken — es kam also keine Rede davon, daß die Regierung die Interessen des deutschen Weinhandels nicht wahrgenommen hat. Die Zeitdauer der Befristung ist der Regierung gleichgültig; ich will nur bemerken, daß die Worte „bis auf weiteres“ unter Umständen eine schärfere Befristung bedeuten. Jedenfalls wird die Regierung von der Vollmacht nur im Interesse des Reichs Gebrauch machen.

Ministerialdirektor Reichardt

nimmt den deutschen Vorkämpfer in London gegen den Vorwurf des Abg. Deinhardt, daß er die Interessen des deutschen Weinhandels nicht genügend vertreten habe, in Schutz.

Abg. Waasche (natl.):

Meinen politischen Freunden wäre es lieb gewesen, zu erfahren, worin eigentlich die Schwierigkeiten lagen, die sich dem Abschluß der Verträge entgegenstellten. In England ist das Verlangen laut geworden, den Differenzialzoll auf Zuder in Indien nicht zu gestatten, und dabei sind von seiten der Regierung Ansichten über Freihandel geäußert worden, die nicht mehr mit dem alten englischen Freihandel übereinstimmen. Da müssen sich aber auch die anderen Staaten danach richten. Freilich wollen wir keinen Zollkrieg provozieren, aber wir wollen und von den Herren Engländern auch nicht alles gefallen lassen. Redner verbreitet sich sodann über Retorsionszölle, die er für eine Verletzung des Weisbegünstigungsrechts erklärt. Faktisch kommt es darauf hinaus, daß man die neue Absatzquelle und dadurch verstopfen will.

Abg. Gahn (Bund der Landw.):

findet, daß der Wert der Produktionsstatistik, an der von der Regierung seit Jahr und Tag gearbeitet werde, im wesentlichen darin liege, daß sich daraus etwa 100 Doktorarbeiten anfertigen ließen. Aber in der Praxis habe sie nur eine geringe Bedeutung, und zur Vorbereitung für den Zolltarif sei sie nicht notwendig. Früher haben wir schneller, erst und in kurzer Zeit gearbeitet. Seit der Zeit, da ich der Politik mein Interesse zuwandte, muß ich mit Betrübnis sehen, daß man von diesem Grundsatz mehr und mehr abkommt. Redner empfiehlt sodann kräftige Abwehrmaßregeln gegen England.

Abg. Brömel (fr. Vgg.):

Die bisherige Debatte hat gezeigt, daß man nicht auf der rechten Seite des Hauses geneigt ist, der vom Bund der Landwirte eingeleiteten Agitation rücksichtslos zuzustimmen. Die Grundlage der Handelspolitik muß ein für alle Male die höchste kaufmännische Rechnung bleiben. In seinen weiteren Ausführungen billigt Redner durchaus die Haltung der Regierung. England und seine Kolonien haben sich bisher stets loyal verhalten und werden es wohl auch in Zukunft thun. Und nun, nachdem Kanada von der Weisbegünstigung ausgeschlossen ist, liegt keine Veranlassung mehr zu Mißbilligung vor. Bei der Festsetzung autonomer Tarife solle man nicht außer acht lassen, daß hohe Zollsätze in jedem Falle eine zweischneidige Waffe sind. Oberster Grundsatz für Regierung und Volkvertretung müsse bleiben: Friede ernährt, Unfriede verzehrt.

Abg. Dr. Dertel (Sachsen):

Einem Ruf zum Zollkrieg habe er aus den Reden der Herren Gahn und Köhler nicht gehört. Sachlich unterschreibe er alles, was diese beiden Herren gesagt haben. Deutschland müsse energisch auftreten, damit nicht die Befürchtung Platz greife, Deutschland löme schlimmsten Falls gar keinen Zollkrieg führen. Man wolle der Regierung keine Schwierigkeiten machen, ihr aber den Rücken stärken und ihr sagen, daß man festes energisches Auftreten für notwendig halte, dieses Auftreten aber in den letzten Jahren schmerzlich vermehrt habe.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky

bestreitet dem Abg. Waasche gegenüber, daß die Regierung ihren Standpunkt zu der Differenzierung des Prämiensatzes geändert habe. Es müsse hier vor allem beachtet werden, ob eine Schädigung der deutschen Interessen eintrete oder nicht. Das sei früher entscheidend gewesen und werde auch ferner entscheidend bleiben. Dem Abg. Dr. Gahn erwidere er, daß eine Verzögerung in der Aufstellung der autonomen Zolltarife durch die Aufnahme der Produktionsstatistik schon deshalb gar nicht habe eintreten können, weil die autonomen Zolltarife im Reichsschatzamt aufgestellt worden sind. Sie seien sogar schon fertig aufgestellt und lägen jetzt dem Reichsamt des Innern vor.

Abg. Müller-Duisburg (natl.):

gibt dem Staatssekretär darin vollkommen recht, daß die Ausgleichszölle nicht unter allen Umständen eine Verletzung der Weisbegünstigung seien; sie müßten vielmehr von Fall zu Fall beurteilt werden. Daß der Aufstellung des autonomen Zolltarifs gründliche Erhebungen vorangingen, sei als durchaus gerechtfertigt anzuerkennen. Uebrigens solle die Produktionsstatistik ja auch noch anderen Zwecken dienen; sie soll die Unterlage für die neuen Handelsvertragsverhandlungen sein.

Damit schließt die erste Beratung. Die zweite Beratung findet ebenfalls im Plenum statt.

Debattellos werden sodann in erster und zweiter Beratung genehmigt: die Uebereinkünfte zwischen dem Reich und Uruguay über das Wiederinkunftrecht des Handels- und Schiffsverkehrs vom 20. Juni 1892, ferner der Konsularvertrag zwischen Deutschland und Brasilien, und endlich die Novelle zum Gesetz über die Rechtsverhältnisse der deutschen Säuggebiete.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Zweite Beratung des Handelsprovisoriums mit England. Dritte Beratung der eben in zweiter Beratung erledigten Vorlagen; Wahlprüfungen; Petitionen.

Abg. Singer (Soc.):

zur Geschäftsordnung: Die Wahlprüfungs-Kommission, die auf Antrag von konservativer Seite in eine erneute Prüfung der Wahl des

Abg. v. Böbel eintreten und verschiedene im Gegenprotest aufgestellte Behauptungen in den Bereich ihrer Untersuchungen ziehen sollte, ist über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Der Bericht liegt gedruckt vor, und ich beehrte, auch diese Wahl auf die morgige Tagesordnung zu legen.

Präsident Graf V. V. V.: Der Bericht ist noch nicht verteilt. Abg. Singer: Doch! Er ist in unseren Händen.

Präsident: Das Bureau versichert, daß er noch nicht verteilt ist.

Abg. Bassermann bestätigt, daß der Bericht bereits verteilt ist.

Präsident: Dann werde ich recherchieren lassen und lege auch diese Wahlprüfung auf die Tagesordnung.

Schluß 5 Uhr.

Ueber die Ernährungsweise der Berliner Säuglinge

werden bei Gelegenheit der Volkszählungen besondere Erhebungen gemacht, deren Ergebnisse ein sehr interessantes Licht auf die Verschiedenheit der Säuglingsernährung bei Reich und Arm zu werfen pflegen. Bei der Zählung von 1895 wurden hier 37 316 Kinder des ersten Lebensjahres ermittelt; für 37 243 davon ließ sich die Ernährungsweise feststellen. Es wurden zur Zeit der Zählung ernährt: mit Muttermilch 16 097 (= 432 von je 1000 Kindern), mit Ammenmilch 536 (= 14), mit Mutter- oder Ammenmilch und anderer Nahrung (Thiermilch, Surrogat, Familienkost usw.) 919 (= 25), nur mit Thiermilch 16 918 (= 454), mit Thiermilch und Surrogat 723 (= 19), nur mit Surrogat, Familienkost oder Nahrungsmitteln anderer Art 1850 (= 50). Das ist das allgemeine Ergebnis. Versucht man eine Unterscheidung der Kinder nach der wirtschaftlichen Lage der Angehörigen (der Eltern, Verwandten, Pfleger usw.), wofür leider nur Angaben über die Größe der Wohnung und über Beruf und Arbeitsstellung der Familienhäupter vorhanden sind, so zeigen die besonderen Ergebnisse für die bemittelte bezw. die unbemittelte Bevölkerung sehr deutliche Gegensätze. Die Unterscheidung nach Wohnungsklassen ergibt, daß, je größer die Wohnung ist, die Kinder verhältnismäßig desto seltener mit Muttermilch ernährt werden. Unter je 1000 in der betreffenden Wohnungsklasse ermittelten Kindern waren in den Wohnungen mit nur 1 Zimmer 502 Muttermilch-Kinder, mit 2 Zimmern 481, mit 3 Zimmern 415, mit 4 Zimmern 328, mit 5 Zimmern 250, mit 6 Zimmern 163, mit 7 Zimmern 104, mit 8 Zimmern 134, mit 9 Zimmern 98, mit 10 Zimmern 128, mit 11 (oder mehr) Zimmern 103. In diesen Zahlen kommt die Thatsache zum Ausdruck, daß die natürlichste Art der Ernährung, die Ernährung mit der Mutterbrust bei der unbemittelten Bevölkerung immer noch am meisten verbreitet ist. Sie wird von vielen unbemittelten Müttern dem „Pappeln“ mit aus dem Grunde vorgezogen — wenigstens in den ersten Wochen oder Monaten, so lange es geht —, weil sie weniger zeitraubend ist und (allerdings irrtümlicher Weise) für billiger gehalten wird. Bemitteltere Leute helfen sich größtenteils mit Ammen. Unter je 1000 Kindern der betreffenden Wohnungsklasse waren in den Wohnungen mit 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 (oder mehr) Zimmern 0, 1, 4, 30, 102, 187, 222, 233, 275, 241, 209 Ammenmilch-Kinder. Je größer die Wohnung, desto häufiger die Ernährung durch Ammen. In den größten, von sechs Zimmern ist sie bereits häufiger als die Ernährung durch die Mutter. Die Thatsache der Verschiedenheit der Säuglingsernährung bei Reich und Arm wird des weiteren bestätigt durch die Unterscheidung nach Beruf und Arbeitsstellung der Familienhäupter. Wo bei den Erwerbsthätigen in Selbständige und Abhängige unterschieden ist, sind die Muttermilch-Kinder bei den Abhängigen zahlreicher als bei den Selbständigen. Besonders scharf ist der Gegensatz z. B. in der Textilindustrie. Hier wurden bei den Abhängigen 427 von 1000 Kindern von der Mutter genährt, bei den Selbständigen dagegen nur 208 von 1000. Sehr zahlreich vertreten waren die Muttermilch-Kinder in den Gruppen „Persönliche Dienstleistung“ und „Handarbeit ohne nähere Angabe“, mit 519 bezw. 551 pro 1000, sehr spärlich unter den Kindern der Ärzte, Offiziere, Rechtsanwälte, mit 149, 127, 53 pro 1000. Umgekehrt fand sich die Ernährung durch Ammen bei den Kindern der Abhängigen nur ausnahmsweise, bei denen der Selbständigen sehr häufig, z. B. in der Textilindustrie bei den Abhängigen nur 5 pro 1000, bei den Selbständigen 181 pro 1000. Den höchsten Anteil hatten die Ammenmilch-Kinder unter den Kindern der Rechtsanwälte, 293 pro 1000, den nächsthöchsten unter denen der Ärzte und der Offiziere, 184 bezw. 183 pro 1000. Was nun die Ernährung durch Thiermilch zc. anbetrifft, so war sie bei Wohlhabenden und Unbemittelten ungefähr gleich häufig, bei den Unbemittelten oder noch etwas häufiger, wie die Unterscheidung nach Wohnungsklassen und Beruf zc. zeigt. Wenn trotzdem Jahr für Jahr festzustellen ist, daß einerseits die „Pappeln“ viel zahlreicher als die „Krausländer“, andererseits die Kinder der Unbemittelten viel zahlreicher, als die der Wohlhabenden an der Säuglingssterblichkeit, namentlich an den Sterbefällen durch Verdauungsstörungen, beteiligt sind, so beweist das, daß die Gefahren der Ernährung mit Thiermilch sehr bedingt werden durch die größere oder geringere Möglichkeit, eine gute Milch zu kaufen, sie sorgfältig zuzubereiten, in sauberen Gefäßen aufzubewahren und sie eventuell bei dem geringsten Verdacht auf Verderben wegzugießen. Alles das sind aber Erfordernisse, die bei der unbemittelten Bevölkerung aus Mangel an Zeit und Geld viel seltener erfüllt werden können, als in wohlhabenderen Familien. Sehr lehrreich in dieser Hinsicht ist das, was bei der Zählung von 1895 über die Verwendung von sterilisierter Milch ermittelt worden ist. Es bekamen z. B. von den 16 918 nur mit Thiermilch ernährten Kindern 1778 sterilisierte Milch, 105 von je 1000 Kindern dieser Gruppe. Das Verhältnis stellte sich aber im Minimum bei den Handarbeitern ohne nähere Angabe auf nur 23 pro 1000, bei den Abhängigen verschiedener anderer Berufe ähnlich, ein Maximum auf 700—800 pro 1000 bei den Rechtsanwälfen, Ärzten, höheren Beamten, Offizieren usw., und ähnlich bei den Selbständigen mehrerer anderer Berufe. Sterilisierte Milch ist eben teuer, darum muß der Unbemittelte meist darauf verzichten. Er muß sie seinem Kinde dennoch wie vieles andere verlagern, was zur zweifachen, gesundheitsfördernden Ernährung und Pflege eines Kindes erforderlich ist. Wenn in Berlin alljährlich Tausende von Proletariatskindern schon im ersten Lebensjahre hinfierben, so darf man geradezu behaupten, daß die eigentliche Todesursache häufig weiter nichts als die Armut und Kot ist, in die sie hineingeboren wurden: der Mangel einer guten, gesunden Nahrung und einer sorgfältigen, geistlichen Pflege, dazu die erbärmlichen Wohnungsverhältnisse und oft noch eine von vornherein schwächliche Gesundheit, die sie von ihren im Dienste des Kapitalismus abgerackerten Eltern mitbekommen haben. Wer die Bedingungen, unter denen die Jugend des Proletariats aufwächst, hinsichtlich der Pflege und Ernährung, wie auch der Unterweisung und Erziehung — besser will, der muß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zu heben suchen; wer sich den Bestrebungen der Arbeiterklasse, sich bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse zu schaffen, entgegenstellt, der schädigt die heranwachsende Generation.

Communales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Die Frage wegen Unterbringung der unter städtischer Obhut befindlichen Waisen-Kinder bildete einen Beratungsgegenstand des Magistratskollegiums in seiner gestrigen Sitzung. Nach dem Entschlusse des Kollegiums sollen die Kinder möglichst alle der Familienpflege übergeben werden. In Bezug der Unterbringung der katholischen Waisenkinder in Anstalten sollen zunächst durch zwei Magistratsmitglieder die Waisenhäuser in Potsdam, Wilmersdorf und Moabit einer eingehenden Besichtigung unterliegen. — Einen von der Hochbauverwaltung angefertigten Entwurf zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule in der Riesenstraße legte der in Vertretung des Stadtbaurats Hofmann anwesende Stadt-Paraspektor Vornat Vindemann dem Kollegium zur Genehmigung vor. Das Projekt, nach welchem das Schulgebäude mit 24 Klassen und einem Kinderhort eingerichtet wird und nach einem Kostenaufschlage auf 725 000 M. berechnet ist, hat das Kollegium genehmigt. — Dem vom Igl. Polizeipräsidenten beabsichtigten Erlasse einer Polizeiverordnung betreffend das Schlachten von Pferden, Eiern, Manikieren und Maulseilen hat das Magistratskollegium zugestimmt. Nach dieser Verordnung dürfen die genannten Tiere nur in der Central-Schlachtereier in der Greifswalderstraße geschlachtet werden. Pferde, Egel, Manikier oder Maulseile, sowie die Zabrillate aus, oder mit solchen Fleische, wie Wurst oder sonstige Fleischwaren, dürfen nach Berlin nicht eingeführt werden. Ausgenommen von diesem Verbote ist die aus Italien eingeführte Salamawurst. Fleisch von solchen Tieren, sowie die aus solchen Fleische hergestellten Würste und sonstige Fleischwaren — gebratener Fleisch, Bouletten, Pöckelfleisch etc. — dürfen nur an solchen Stellen feilgeboten, verkauft oder sonst in Verkehr gebracht werden, die bei den Behörden vorher angemeldet sind. An solchen Verkaufsstellen dürfen andere Fleischwaren weder aufbewahrt oder gelagert noch in irgend einer Weise in den Verkehr gebracht werden. Jede Verkaufsstelle eines solchen Fleisches oder der Waren aus solchem Fleische muß über oder an der Eingangstür an einer leicht sichtbaren Stelle mit einer Aufschrift versehen sein, die in Buchstaben von 15 Centimeter Höhe die Aufschrift: „Fleisch-Verkauf“ oder „Fleischwaren-Verkauf“ enthält.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag genehmigte die Stadtverordneten-Verammlung das Pensionsgesetz des Direktors der Luisenstädtischen Oberrealschule, Dr. Vondow. Ferner stimmte die Verammlung der Wiederwahl des ärztlichen Direktors an dem Krankenhause Moabit, Professor Dr. Reuter, und des Direktors der Anstalt für Epileptische Wuhlgarten, Dr. Gebold, zu. Auch genehmigte die Verammlung die Anstellung der Magistrats-Assessoren Alberti und Arnst auf Lebenszeit, die Wahl des Gerichts-Assessors Dr. Franz als Magistrats-Assessor, des Regierungs-Raumverwalters Brande als Stadt-Raumverwalter, der Schulamts-Kandidaten Siegfried Schütz, Dr. Camter, Weg und Reuter als Oberlehrer an einer städtischen höheren Lehranstalt und des Ober-Stadtssekretärs Schuster als Verwaltungsdirektor des Friedrich-Waisenhauses.

Tokales.

Der Wahlverein Berlin III unternimmt morgen, Sonntag früh, einen Familienausflug nach Grünau, Lokal von Lindenbühl. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

Unser Parteigenosse Antke ist nach der schweren Erkrankung, über die wir berichtet haben, zur lebhaften Freude seiner Parteifreunde gestern zum erstenmale wieder im Reichstage erschienen. Dank der ärztlichen Kunst ist Antke von dem Leiden (er litt an Blinddarmentzündung) völlig wiederhergestellt worden, und er hofft, daß er sich nächstens wieder mit voller Kraft dem Dienste der Partei widmen kann. Mit uns werden alle Parteigenossen wünschen, daß diese Hoffnung alsbald in Erfüllung gehe.

Die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Verammlung stellen in erhöhtem Maße Anforderungen an die agitatorische Thätigkeit unserer Genossen. Im Laufe des nächsten Monats werden die Listen für die stimmberechtigten Bürger ausliegen, und somit müssen die Parteigenossen dafür Sorge tragen, daß sich die Arbeiter allgemein davon überzeugen, ob sie auch in die Wählerliste eingetragen sind. Da zum erstenmale nach der neuen Einteilung der Wahlbezirke gewählt wird, bringen wir nachstehend eine Tabelle, aus der die Genossen ersehen können, in welchem Reichstags-Wahlkreise diejenigen Stadtverordneten-Wahlbezirke liegen, in denen in diesem Jahre Ergänzungswahlen stattfinden. Die Einteilung bezieht sich selbstverständlich nur auf die dritte Abteilung. Ramentlich ist es der jeweils Reichstags-Wahlkreis, der am meisten Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hat. Dementsprechend entfallen von den sechs neuen Bezirken der dritten Abteilung allein fünf auf diesen Wahlkreis.

Wahlbezirk Nr.	Stadtbezirke	Bisheriger Vertreter	Gehört zum Reichstags-Wahlkreise
1.	1-10	Jordan	I. Wahlkreis
3.	21-23, 25-30	Hermes	
6.	40-42, 50-53, 56	Höfsterling	II. "
7.	54, 55, 57-63	Wille	
16.	114-121	Hörbig	III. "
19.	136-142	Kolowrat	
*) 15.	106-113	Zollsdorf	IV. " SO.
20.	145-148, 150, 151, 201	Törner	
21.	149, 162-166	Wille	IV. " O.
26.	156, 160, 189-193	Reuter Bezirk	
27.	184-188, 194, 195	Reijner	V. "
30.	210-215, 255, 256	Zenter	
33.	237-241, 243, 244	Gieshoit	V. "
38.	260-264, 277	Gleinert	
40.	273, 275, 276, 278, 305, 306	Reuter Bezirk	VI. "
43.	290-292	"	
44.	293-298	"	
45.	299-301, 303, 304	"	
46.	307, 308, 315-318	Sogtherr	
47.	309-314, 323, 326	Reuter Bezirk	

*) Zollsdorf vertrat den alten 16. Wahlbezirk, der aber nach der Neueinteilung verschwunden ist.

Werder, die märkische Obstammer, deren erste frühe Früchte seit wenigen Tagen wieder aus der Berliner Märkten prangen, gehört zu den ältesten Niederlassungen der Mark. In den Tagen, wo von Süden her die Deutschen ihre ersten Eroberungszüge in das alte Slavenland „Prennabor“ unternahmen, besand sich auf Werder bereits eine Ansiedelung wendischer Fischer. 1317 heißt der Ort in den Urkunden „ein Neden“, hundert Jahre später nennt ihn die Chronik „Städt“. Die einsame Ansiedelung brachte der Ortsherr viel Gutes. Pest und Krieg ließen nicht in ihren Mauern ein. Während im ganzen Lande der schwarze Tod kein schöneres Opfer hielt, blieb Werder von ihm vollkommen verschont. Selbst in den wilden Stürmen des dreißigjährigen Krieges, die rundum mardes Dorf verwüsteten, war hier der tiefste Frieden. Die Werdersche Obstkultur datiert aus dem 17. Jahrhundert. Sie verankert ihr Entstehen holländischen Kolonisten. Im Anfang des 18. Jahrhunderts gehörten die Werderschen Äcker bereits zu den Delikatessen der Preussischer. Werdersche Erd- und Himbeeren wurden allgemein als die besten geschätzt. Bedeutung für Berlin bekam das Werdersche Obst erst, als die Dampfer den Verkehr zu vermitteln begannen. Von 1850-1860 fuhr die „Marie Louise“, alsdann der „König Wilhelm“. Jeden Abend verläßt das Schiff die Stadt, um am

nächsten Morgen in Berlin einzutreffen. Obgleich alljährlich Tausende von Äpfeln aus Werder nach Berlin und ebensoviel Tausende von Äpfeln aus Berlin nach Werder gehen, sind die Einwohner nicht eigentlich reich. Die Lufkosten sind zu groß, und was eine Reihe guter Äpfel einbringen, verzehrt oft ein einziges schlechtes. Neben seiner Obstkultur ist Werder auch noch durch seine Brauereien bekannt geworden. Die „Werdersche“ darf sich neben der hiesigen zwar nicht behaupten, immerhin steht sie als Nährbier hoch in Ruf. Ein Chronist des 18. Jahrhunderts nannte die Werderaner ein großes Volk, das unmöglich und verschlossen keinen Fremden unter sich dulden mochte; die Grobheit ist zwar auch heute noch nicht völlig ausgefallen, die Ungastlichkeit aber ganz und gar, die „Werderschen“ sind froh wenn Fremde kommen, ihr Havelweinod zu bewundern, bildet ihr Verberbe doch eine Haupterwerbquelle für die Stadt. Wertvoll und thöricht ist es nur von den dortigen Lokalhabern, daß sie mit einer einzigen Ausnahme glauben, nach bekanntem Rezept die oben so sehr beliebte Arbeiterfeindlichkeit beibehalten zu müssen.

Ihren hundertsten Geburtstag können in diesem Jahre die Berliner Hausnummern feiern. In einer alten Zeitschrift aus dem Jahre 1790 liest man: Schon lange war davon die Rede, daß die Häuser in Berlin nach dem Beispiel anderer großer Städte nummeriert werden sollten. Man hatte die Idee, daß die Nummern durch die ganze Stadt fortlaufen sollten, und in der That wären es, als könnte sie der Ausführung näher gebracht werden. In den „Denkwürdigkeiten der Mark Brandenburg“ aber wurde der Vorschlag gemacht, jede Straße besonders zu nummerieren, und so also mit einer neuen Straße auch immer die Nummern zu wiederholen, weil es abzuziehen war, daß durch fortlaufende Zahlen das Bestehen derselben ersichert und eine Verwirrung daraus hervorgehen würde. Dieser Vorschlag ist jetzt ausgeführt und man sieht bereits in den Hauptteilen der Stadt die Nummern auf blauen Blechen mit vergoldeten Ziffern über den Thüren prangen nach der vorgeschlagenen Art. Da die Bequemlichkeit dadurch befördert und das oft mühsame Auffinden sehr erleichtert wird, so ist diese Einrichtung als eine sehr wohlthätige Neuerung zu betrachten und verdient deshalb auch in dieser Zeitschrift als solche angemerkt zu werden.

In der Angelegenheit der „Sozialistischen Monatshefte“, welche, wie bereits mitgeteilt worden ist, vorab aus der Akademischen Lesehalle entfernt worden sind, hat das Direktorium der Lesehalle in seiner Sitzung vom Donnerstag Abend einstimmig den Beschluß gefaßt, dem Verlangen des Direktors auf Entfernung der Zeitschrift aus der Lesehalle nicht stattzugeben, sondern vielmehr die Sache einer allgemeinen Mitgliederversammlung der Lesehalle zu unterbreiten, welche am 27. d. Mts. stattfinden soll. Interessant ist eine Mitteilung, wonach der Rektor Herr Waldeyer die seiner Zeit erteilte Erlaubnis zur Auslegung der nunmehr wieder verpönten Monatshefte damit begründete, daß ja auch der noch viel schlimmere „Vorwärts“ in der Akademischen Lesehalle ausliege!

Eheschließungen, Geburten und Todesfälle. In der Woche vom 21. bis 27. Mai fanden in Berlin 878 Eheschließungen statt. — Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 902 (480 männliche, 422 weibliche). Totgeborene wurden 26 Kinder (16 männliche, 10 weibliche). Unter den Lebendgeborenen befanden sich 136, unter den Totgeborenen 6 außerehelich geborene Kinder. — Die Zahl der Sterbefälle betrug in der Berichtswoche 601 und betraf 315 männliche, 283 weibliche Personen. Unter den Verstorbenen befanden sich 190 Kinder im ersten Lebensjahre (149 ehelich und 41 außerehelich geborene). In Krankenhäusern sind 179 Personen (96 männliche und 83 weibliche) gestorben. Auf gewaltsame Weise endeten 15 Personen, darunter 7 durch Selbstmord. — Auf die einzelnen Stadtteile verteilte sich die Sterbefälle wie folgt: Berlin-Kölln-Dorotheenstadt 10; Friedrichstadt 10; Friedrich- und Schöneberger Vorstadt 23; Friedrich- und Tempelhofer Vorstadt (östl.) 25; Tempelhofer Vorstadt (östl.) 41; Luisenstadt, jenseits des Kanals 58; Luisenstadt, diesseits des Kanals 40; Stralauer Viertel 58; Königs- und Spandauer Viertel 24; Rosenfelder Viertel 87; Oranienburger Vorstadt 50; Friedrich-Wilhelmsstadt und Moabit (östl.) 83; Moabit (westl.) 90; Wedding 53. — Die Eheschließungen betragen 218, die Lebendgeborenen 259, die Totgeborenen 0,7, die Sterbefälle 17,2 pro Tausend der Bevölkerung.

Stadtsstatistik. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai d. J. 30 Familien mit 103 Personen und 69 Einzelpersonen. — Am 1. Juni war der Bestand 25 Familien mit 78 Personen und 82 Einzelpersonen. — Im Laufe des Monats Mai wurde das Obdach von 24 301 nächtlich Obdachlosen und zwar von 23 565 Männern und 736 Frauen befreit. Von diesen Personen wurden 49 hiesigen Krankenhäusern, 64 der Krankenstation des Obdachs, 19 der Geschlechtskrankeanstalt, 2 der Anstalt für Epileptische Wuhlgarten und 67 der Polizei überwiesen. — Gebadet haben im Obdach im Monat Mai 10 627 Personen.

Geschäftliche Ausübung der Musterlohnalität. In Dönhofen wurde am Montag ein angeblicher Offizier wegen verschiebener Schwindelacten verhaftet. Er gestand dann ein, daß er Karl Rother heiße, aus Berlin und Kronenwäcker sei. — Es ist zweifellos derselbe Mensch, der die aus Halle, Nordhausen, Sachsa gemeldeten Schwindelacten verübt hat. In der Gegend von Alfeld hat er sich für einen Specialkurier des Kaisers ausgegeben. Am Sonntag kam er in Offiziersuniform auf dem Stahlroß in Dönhofen beim Ortsvorsteher vorgefahren und gab eine Karte ab, nach der er ein Graf v. Prominsky, Leutnant im 11. Regiment zu Weissen, sein wollte. Sobald schimpfte er, daß er sein Portemonnaie mit 148 M. verloren habe. Da er nach Hannover müsse, bat er, ihm 15 M. zu leihen, was auch geschah. Dann ersuchte er den Vorsteher, doch eine Anzeige bezüglich des verlorenen Portemonnaies zu erlassen, was auch versprochen wurde. Auch in Salzderhelden, wo er dem Vorsteher den Besuch des Kaisers ankündigte, gelang es ihm, sich 11 M. zu erschwindeln. Dann schickte er von Einbeck aus an den Magistrat zu Alfeld folgendes Telegramm ab: „Leutnant Graf von Prominsky, Specialkurier Sr. Majestät des Kaisers, wird heute nachmittag d. selbst eintreffen. Ich weise Sie hiermit an, demselben in jeder Beziehung bereitwillig entgegenzukommen.“ Demnach am Sonntag der angebliche Specialkurier des Kaisers und falsche v. Prominsky in Alfeld an, nahm in Potsdam Wohnung und bestellte sich ein feines Mittagmahl. Als er dann aber einen Blick durchs Fenster warf und Gendarmen und Polizei auf dem Marktplatz sah, wurde es ihm doch nicht geheuer. Er ließ sein Mittagmahl im Stich, bestieg sein Rad und verschwand. Als die Beamten kamen, war er bereits entwischt.

Dampferfahrten mit Musikbegleitung dürfen in Berlin, wie das Polizeipräsidenten mitteilt, nur nach eingeholter polizeilicher Erlaubnis stattfinden. Zur Vermeidung unliebsamer Verzögerungen wird darauf hingewiesen, daß die Erlaubnis bei dem Polizei-Schiffsbüreau, Probststraße 8, schriftlich beantragt werden muß und zwar mindestens sechs Tage vor der beabsichtigten Fahrt. In dem Antrage sind Tag, Stunde und Ort der Abfahrt des Dampfers, der Name des Schiffes und des Eigentümers desselben anzugeben, außerdem sind 1,50 M. in bar (nicht in Stempelmarien) anzuliegen, an Sonn- und Feiertagen darf unter allen Umständen erst nach 12 Uhr mittags mit Musikbegleitung begonnen werden.

Der in Untersuchungshaft sitzende Graf von und zu Glosse dürfte auf eine endgültige Entscheidung seines Schicksals sobald noch nicht rechnen können. Er hat beabsichtigt durch seine Verteidiger Justizrat Kleinholz und R. M. Dr. Warzeuc Revision gegen das am 17. April gegen ihn gefällte, auf 9 Monate Gefängnis lautende Urteil der 7. Strafkammer einzulegen lassen. Wie wir hören, ist die Revisionschrift erst Mittwoch an das Reichsgericht abgegangen und es ist nicht wahrscheinlich, daß sie noch vor den Gerichtsferien ihre Erledigung finden wird.

Die Aussagen der beiden Personen, die wegen des gegen die Frau des Gerichtsdiäters Hahn verübten Mordversuches verhaftet worden sind, sind einander vollständig widersprechend und

gar nicht mit einander zu vereinigen. Frau Buchwald, die die Frau Hahn in der Nähe des Bahnhofes Schmaragdendorf überfallen und mit Messerschneiden traktiert hat, bleibt dabei, daß der Diätor Hahn Wittwiffen und gewissermaßen Anführer des Attentats gewesen sei. Sie behauptet, daß sie mit Hahn in intimer Bekanntschaft gestanden und diesem nur der Umstand im Wege gewesen sei, daß Hahn eine Trennung seiner Ehe nicht erreichen konnte. Um die Frau auf andere Weise los zu werden, sei der Mordversuch geplant worden. Hahn bestreitet alle diese Behauptungen aufs Entschiedenste und giebt auch nicht zu, daß er mit Frau Buchwald ein Verhältnis gehabt habe. Er ist aber noch nicht aus der Haft entlassen worden. Die Verteidigung des Hahn hat Rechtsanwalt Vincus I, die der Frau Buchwald Rechtsanwalt Dr. Werthauer übernommen.

Ein freches Diebstückchen trug sich vorgestern am hellen Tage in der Pöckelstraße zu. Eine Witwe Lehmann, die im vierten Stock des Hauses Nr. 10 wohnt, hatte ihre Wohnung nicht verschlossen, als sie auf einen Augenblick zum Einholen wegging. Diese Gelegenheit benutzte ein Dieb, ein junger Mann von 19-20 Jahren, um ihr das Federbett aus dem Zimmer zu stehlen. Als sie zurückkehrte, besagnete ihr der Dieb im Hausflur. Verwundet betrachtete sie die Last, die er trug, und sprach ihn an: „Nun, das ist doch mein Bett!“ „So,“ erwiderte der Dieb, „denn behalten S' et man,“ warf das Bett hin, lief davon und war bereits verschwunden, als man an seine Verfolgung dachte.

In der Ausstellung für Krankenpflege heute die Preisverteilung.

Ostend-Theater. In dieser schönen Sommerzeit sind die Direktoren der kleinen Bühnen trotz aller theaterfreundlichen Regungen überaus unglücklich. Mit einigermaßen brauchbaren Komitäten kommen sie bei den paar Zuschauern nicht auf die Kosten, und das verlegene Hervortreten der Komiker kann weder dem Publikum noch den Schauspielern behagen. Dem Publikum nicht, weil es hervorragende Stücke von mittelmäßigen Kräften gespielt, langweilig findet und den Schauspielern nicht, weil sie infolge der Mängel ihrer Veranlagung keine Befriedigung genießen können. Und für das Sensations-Radustud nach englisch-amerikanischem Geschnack ist das Publikum hinwieder trotz aller Bemühungen der Direktoren immer noch nicht korrumpiert genug. So war es denn eine beinahe glückliche Idee, daß Direktor Weich im Ostend-Theater das alte Intrigen-Lustspiel, wie es von den deutschen Nachahmern Scribes behandelt wurde, wieder aus Tageslicht brachte. Der selbige Hofrat Schneider war im Schimmer seiner Hausbadschneide nicht allein Vorleser beim hochseligen Wilhelm dem Großen, sondern auch noch Verfasser etwelder dramatischer Kleinigkeiten, von denen „Der Rummel“ und die „Picarde“ wohl am bekanntesten geworden ist. Am fleißigsten war er aber in der Bearbeitung harmloser französischer Lustspiele der vierziger und fünfziger Jahre. Im Mittelpunkt der gleichfalls nach fremdem Stoff angefertigten „Memoiren des Satans“, mit denen gestern das Ostend-Theater kam, steht der Allweltschmerz, der die Schliche und Sünden der Sächleren aufdeckt und der anfangs arg mitgenommener Tugend mit Geschick und Rücksichtslosigkeit zum Siege verhilft. In Herrn Bach hatte die Bühne einen ganz passablen Darsteller der Heldenrolle. Das Stück fand gleich dem Spiel bei dem anspruchsvollen Publikum reichlichen Beifall.

Theater. Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung der vier Acte „Diebstahl“ von Max Drever, „Ein Schäferhündchen“ von Georg Engel, „Die schnelle Verlobung“ von Paul Graf, „In Civil“ von Gustav Knebelberg für Montag, den 19. Juni, angelegt. Morgen, Sonntag, findet keine Nachmittags-Vorstellung statt, abends kommt „Satisfaktion“ zur Aufführung. — Im Deutschen Theater geht am nächsten Dienstag, den 20. d. Mts., neu einstudiert „Die Räuber“ mit Josef Kainz als Franz Moor in Scene. Die übrigen Rollen sind folgendermaßen besetzt: Der alte Moor: Max Reinhardt; Karl: Ed. v. Winterstein; Analla: Annie Treuner; Spiegelberg: Hanns Richter; Schweizer: Herman Rifkin; Wilm: Richard Ballentin; Schürzele: Paul Henselsholt; Koller: Rudolf Ritter; Nagmann: Bruno Köhler; Rosinski: Richard Ballentin; Hermann: Bruno Zinner; ein Vater: Adolf Kirch; Daniel: Emil Ludwig.

Feuerbericht. In den letzten 48 Stunden erfolgten nur wenig Alarmierungen. Reichenbergerstraße 63a wurden in einem Fußgeschloß Wäbel und Stoffe eingestohlen. Sebastianstraße 1 war in einer Räucherlampe Feuer ausgebrochen, doch ohne großen Umfang erreicht. Wegen eines Schornsteinbrandes erfolgte eine Alarmierung nach Magagnistraße 12. Zur Hilfeleistung wurde die Wehr nach Rannigstraße 2 gerufen, wo ein Pferd in eine Grube gestürzt war. Außerdem war Königstraße 51 ein unbedeutender Lodenbrand zu befeitigen, der Bekleidungsbeschädigte.

Aus den Nachbarorten.

Tempelhof, Mariendorf. Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins zur Kenntnisnahme, daß Sonntag eine Flug-ballet-Verteilung stattfindet. Treffpunkt 7 Uhr morgens in unseren Bahnhöfen, in Tempelhof bei Kohl und Gerth, in Mariendorf bei Ebel. — Am Dienstag hält der Verein eine Versammlung im Lokale des Herrn Gerth in Tempelhof ab; Referent ist Rechtsanwalt Viktor Frankl-Berlin; Vortragsgesegenstand bildet die Buchausborlage. Genossen, agitiert aus eifrige und sorgt für zahlreichen Besuch der Versammlung.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Rixdorf veranstaltet am Sonntag einen Ausflug nach Johannisthal. Treffpunkt vormittags 10 Uhr auf dem Richardplatz. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Im Charlottenburger Werk von Siemens u. Halske ist in den letzten Tagen zweimal der Versuch gemacht worden, die Kasse des Konsumvereins der Angestellten zu erbrechen und zu veranlassen. Die Kasse, welche in dem Erdgeschosse eines der Gebäude der umfangreichen Fabrikanlage untergebracht ist, enthält stets einen größeren Betrag. Beide Male mußten aber die Entbrecher mit leeren Händen abziehen, da die Kassetten allen Anstrengungen widerstand. Der letzte der Einbrüche war besonders sorgfältig vorbereitet. Die Verbrecher hatten in der vorhergehenden Nacht die vor dem Fenster befindlichen Eisensiebe auseinandergebogen. So konnten sie in der folgenden Nacht ohne Aufsehen das Fensterkreuz eindrücken und in das Zimmer einkriechen. Von den Epiphuben hat man bis jetzt noch keine Spur.

Der Gemeinde Groß-Lichterfelde scheinen bezüglich der Erweiterung des Gutes Werben zu Nieselweden noch diverse Schwierigkeiten zu erwachen. Bekanntlich hat die Ministerial-Kommission ihr Gutachten über die Brauchbarkeit jenes Gutes zu dem gedachten Zweck noch nicht abgegeben, so daß die Gemeinde um Verlangung der Ankaufsfrist bis 1. August bei der derzeitigen Eigentümerin von Werben, der Landbank in Berlin nachsuchen gezwungen war. Wie aus der in der jüngsten Gemeindevorstanders-Sitzung verlesenen Korrespondenz hervorgeht, sucht die Landbank in der diesen Institutionen eigenen Weise auf dem Verlegenheit der Gemeinde für sich kräftig Kapital zu schlagen.

Die Bank ist zwar bereit, die Ankaufsfrist bis 1. August zu verlängern, knüpft daran aber die Bedingung, daß die Gemeinde, wenn sie nicht einen höheren Kaufpreis bezahlen wolle, 4 Proz. Zinsen vom 1. Januar 1899 ab für die Kaufsumme von 525 000 M. entrichten und außerdem noch 3000 M. zurückzahlen müsse, welche die Bank als Darlehenssumme für das Gut angeblich geleistet hat.

Damit auch der Humor bei der Sache nicht zu kurz kommt, nennt die Bank diese Bedingungen am Schluß ihrer Aufschrift auch noch „konstant und überaus bequemen“! — Die Gemeindevertretung hat die Forderung der 4 prozentigen Verzinsung — wie recht und billig — abgelehnt und nur die Erstattung der 3000 M. für den Fall der Uebernahme des Gutes zugesichert, wenn die Landbank nachweist, daß sie diese Summe aufgewendet und keinerlei Beträge aus der Gutskasse entnommen hat. Die Antwort der genannten Bank steht noch aus.

Schwer zu Schaden gekommen ist am Donnerstagnachmittag auf der Köpenicker Chaussee in Nieder-Schöneweide der 32jährige Kaufmann Vinke aus Berlin, der auf einer Radtour begriffen, von Köpenick kommend, nach dem Bahnhof Johannisthal fahren wollte. Nachdem er die Oberprebrücke passiert, brach die Sattelstange seines Gefährtes und er stürzte vom Rade. Er schlug mit dem Kopf derartig auf das Chausseepflaster, daß er schwere Verletzungen erlitt.

Die Kreisstadt Teltow wird nun einen Bahnhof erhalten. Um denselben zu erlangen, ist von den in Frage kommenden Grundbesitzern das benötigte Terrain abgetreten worden; ebenso hat die Stadtverordneten-Versammlung die Baukosten bewilligt. Mit den Vorarbeiten zur Bahnhofsanlage ist nunmehr begonnen worden; an der Kreuzung der Anhalter Bahn und der Maglower Chaussee werden jetzt Vermessungen vorgenommen. Von der Bahnhofsanlage wird hauptsächlich eine Verbindung der Baupekulation erhofft. Eine Gesellschaft hat bereits einige tausend Morgen Land zu beiden Seiten der Maglower Chaussee für Bauzwecke erworben.

In der Königl. Gewehrfabrik zu Spandau wurde der Betrieb vor nahezu drei Jahren auf ein geringes Maß eingeschränkt, weil der Bedarf an Gewehren gedeckt war. Die entbehrlich gewordenen Arbeitskräfte, ungefähr 300 Mann, wurden den technischen Instituten der Artillerie überwiesen, die wegen der Einführung des neuen Feldgeschützes reichlich mit Aufträgen versehen waren. Gegenwärtig werden die früheren Gewehrarbeiter zu ihrer alten Fabrik allmählich wieder zurückberufen, weil der Betrieb der Gewehrfabrik wieder lebhafter wird. Die artilleristischen Institute sind dagegen, nachdem das neue Feldgeschütz fertiggestellt worden, im Augenblicke weniger beschäftigt. Die Entlassung von Arbeitern sucht die Militärverwaltung nach Möglichkeit zu vermeiden.

Gerihts-Beitung.

Welcher für Jorge sich die für den Staat besonders nützlichen Elemente von seinen der Behörden erfreuen, lehrt wieder folgender Vorfall: Im vorigen Jahre streikten die Arbeiter der Schwarzischen Porzellanfabrik in Spandau. Während der ersten fünf Wochen gehörte der Arbeiter Anton Zepper zu den Streikenden und bezog während dieser Zeit auch die Streikunterstützung, obgleich er bis dahin keinen Pfennig zur Kasse des Porzellanarbeiter-Verbandes gesteuert hatte. Dann aber kehrte er ruhig zur Arbeitstätte zurück und provozierte die weiteren Streikenden noch besonders dadurch, daß er noch andere Arbeiter dem Fabrikanten zuführte und drei „Arbeitswillige“ bei sich in Kost und Logis nahm. Eines Tages im September vorigen Jahres beleidigte er die Schwester eines der Streikenden, der mit ihm im selben Hause wohnte, in recht grober und ungerechtfertigter Weise; ihr Bruder, der Porzellanarbeiter Kübart, der diese beleidigende Äußerung des Zepper gehört hatte, stellte ihn dieserhalb zur Rede und rief ihm auch einige Schimpfwörter nach, wogegen der Arbeiter Otto Wehring, der gleichfalls zu den Streikenden gehörte, dem Kübart zurief: „Hau ihm ein paar runter!“ Wegen dieses, mit dem Streik in keiner direkten Beziehung stehenden Vorfalls erhob die Staatsanwaltschaft gegen Kübart und Wehring Klage wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung! Das Schöffengericht in Spandau, vor welchem die Klage am Mittwoch verhandelt wurde, hatte elf Zeugen geladen. Es sprach die beiden Angeklagten schließlich von der Klage des Gewerbevergehens frei und verurteilte dieselben nur wegen Beleidigung zu 15 bzw. 10 M. Geldstrafe. Der Anwaltschaft hatte gegen Kübart 50 M. Geldstrafe beantragt. Interessant war die Aussage des Fabrikanten Schwarz; dieser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die **Deynhauser Rede des deutschen Kaisers** sich für verpflichtet gehalten habe (1), den Zepper zu befragen, ob er von Streikenden bestraft worden sei, und als dieser ihm hierauf den Vorfall erzählt, habe er (Schwarz) die Sache zur Anzeige gebracht! In der That wurde Strafantrag von Zepper erst zu polizeilichem Protokoll gestellt (1).

Man ersieht hieraus wieder, wie notwendig ein Justizhausgesetz ist, nach welchem ein Strafantrag der „besten Staatsbürger“ überhaupt nicht mehr erforderlich sein soll.

Gegen die polnische Socialdemokratie. Durch die Kritik eines richterlichen Urteils hatte sich der Redacteur Stanislaus Baniowski von der hier in polnischer Sprache erscheinenden socialdemokratischen „Gazeta Robotnika“ eine Klage wegen Beleidigung zugezogen, welche gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I gegen ihn verhandelt wurde. Im Anfang d. J. stand der Vorgänger des Angeklagten, der Redacteur Kaczmarek, wegen desselben Vergehens vor Gericht. Es war ein Artikel beanstandet, der aus der Provinz Posen stammte. Es wurden darin die Arbeiterverhältnisse auf den Gütern des Oberpräsidenten von Posen, Herrn v. Milamowicz-Möllendorff belächelt. Die Schilderung läßt sich dahin zusammenfassen, daß die russischen Arbeiter, welche zur Zeit der Mühenzeit nach den Gütern des Oberpräsidenten kämen, ein keineswegs menschenwürdiges Dasein führten. Gegen völlig unzureichenden Lohn werde ihnen schlechte Kost, ebensolche Behandlung und ein ungesundes, unreinliches Lager in einem Schafstalle geboten. Der Oberpräsident hatte Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Da der vom Angeklagten angebotene Wahrheitsbeweis als mihlungen bezeichnet wurde, erkannte der Gerichtshof gegen Kaczmarek auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Nachdem das Reichsgericht die eingelegte Revision verworfen hatte, erschien in der „Gazeta Robotnika“ eine Notiz mit der Ueberschrift „Preussische Gerechtigkeit“. Es wurde darin Mitteilung von der Beurteilung Kaczmarek gemacht mit dem Aufsatze: „obgleich die Verhältnisse auf den Gütern des Herrn v. M. zum überwiegenden Teil erwiesen worden seien.“ Dieser Zusatz lag der neuen Klage zu Grunde.

Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung der gerichtlich als unwahr erklärten Thatfachen eine einfache Wiederholung der Beleidigung sei. Der Angeklagte sei aus § 188 Str.-G.-B. zu bestrafen. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis im „Deutschen Reichsanzeiger“ und der „Gazeta Robotnika“.

Um Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der Königl. Blindenanstalt zu Steglitz handelte es sich in einem Prozeß, welcher gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II stattfand. Der frühere Hauswart bei der genannten Anstalt, Jacob Dreher, sollte das Blindeninstitut durch Unterschlagungen um reichlich 5000 M. geschädigt haben. Der Angeklagte war die rechte Hand des im Herbst 1897 verstorbenen Anstaltsdirectors, Schulrats Wulff. Dieser hatte dem Angeklagten die Geschäfte übertragen, welche zum Verkauf der von den Blinden angefertigten Gegenstände zu erledigen waren, wogegen Dreher 2 Prozent des Verkaufspreises erhalten sollte. Dem neuen Director, Herrn Matzies, fiel es im vorläufigen Verdict auf, daß eine Firma Schüy, welche früher käufliche Abnehmerin der Blinden-Erzeugnisse gewesen war, im Laufe des letzten Jahres nur einmal einen kleinen Posten bezogen hatte. Es kam ihm auch zu Ohren, daß Dreher in dem Verdacht stand, sich unerlaubte Vorteile zu verschaffen. Der Director stellte bei der Firma Schüy Ermittlungen an, welche das Ergebnis hatten, daß die Firma in den letzten Jahren eine Menge Waren zum Gesamtwert von über 4000 M. bezogen hatte. Die Eingänge dieser Bestellungen waren ebensowenig gebucht, wie der erfolgten Zahlungen. Dasselbe war der Fall bei einer anderen Firma. Hier betrug die vermeintlich unterschlagene Summe etwa 1000 M. Der Angeklagte bestritt entschieden seine Schuld. Der verstorbene Director Wulff habe ihm gesagt, daß die betreffenden Bestellungen und die eingegangenen Beträge nicht gebucht werden sollten, er wollte diese Summen zur Verfügung haben, um sie in besonderen Fällen hilfsbedürftigen Blinden zuwenden zu können. Er, Angeklagter, habe den Umsatz aus dem

Blindeninstitut von 8000 M. auf 100 000 M. jährlich gebracht. Er habe viel mit den Kunden verkehrt und auch für dieselben ein offenes Haus halten müssen; diese Aufwendungen seien ihm vom Director Wulff erlegt worden und könnten dafür im Laufe der Jahre wohl gegen 500 M. verausgabt worden sein.

Der Gerichtshof kam zu einer Verurteilung des Angeklagten, dem Glauben nicht geknickt worden sei. Bei dem großen Vertrauensbruch sei eine schwere Strafe geboten und diese auf drei Jahre Gefängnis und Ehrverlust bemessen worden.

Christliches. Die kirchlichen Gegenstände innerhalb der Heiligkreuz-Gemeinde, die schon so oft scharf auseinandergeplagt sind, hatten eine gestern in 2. Instanz verhandelte Privatklage des Polizeibehörders Kaufmann Krauß wider den Klempner E. Richter verursacht. Als Herr Krauß zum Kirchenältesten gewählt worden war, machte sich auf positiver Seite eine außerordentlich lebhaft entwickelte Agitation gegen ihn geltend. Der Angeklagte reichte am 25. Juni und am 1. September 1897 zwei Proteste gegen Herrn Krauß beim Konsistorium ein, in denen er eine ganze Reihe von Vorwürfen ehrenkränkender Natur gegen ihn erhob, die diesen angeblich unfähig machen sollten, das kirchliche Ehrenamt zu bekleiden. Die in denen Protesten aufgeführten Thatfachen sind von den kirchlichen Behörden eingehend geprüft und nicht für stichhaltig befunden worden. Der in seiner Ehre gekränkte Herr Krauß, der in sein Amt als Kirchenältester eingeführt worden ist, hat darauf gegen den für die beiden Proteste verantwortlichen Herrn Richter die Privatklage angestrengt, deren Verhandlung vor dem Schöffengericht mit der Verurteilung des Angeklagten in dem einen Falle zu 300 M., in dem zweiten Falle zu 600 M. Geldstrafe, event. 30 und 60 Tagen Gefängnis, endete. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung hatte sich gestern die 8. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsrats Reimold mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, zu deren Erörterung etwa 30 Jengen vorgeladen waren. Den Vermählungen des Vorsitzenden und der Verteidiger Rechtsanwältin Marggraf und Morris gelang es „im Interesse des kirchlichen Friedens innerhalb der Heiligkreuz-Gemeinde“ die Streitart zu begraben. Es kam ein Vergleich auf der Basis zu Stande, daß der Angeklagte — ohne auf Thatfactisches einzugehen — zu Protokoll erklärte, daß er durch seine Proteste Herrn Krauß nicht habe beleidigen wollen und sämtliche Kosten, einschließlich des Honorars des gegnerischen Anwalts übernahm. Hierauf nahm der Kläger die Privatklage zurück.

Das Militärgericht und die Selbstthaten des Prinzen Radziwill. Der stud. jur. Prinz v. Radziwill hatte eines Tages, als er die elektrische Straßenbahn in Halle a. S. benutzte, einen ständlichen Konflikt mit dem Rotorwagen-Oberführer Grote angezettelt. Später hatte sich der Letztere, wie noch erinnerlich sein wird, vor Gericht wegen Beleidigung des Prinzen zu verantworten; er wurde zwar schuldig befunden, aber für straffrei erklärt. Der Redacteur des „Vollblatts für Halle“, unser Parteigenosse Wilhelm Swienty, veröffentlichte später, im Februar d. J. einen Artikel, in welchem von Drehsch, der Justizhausvorlage und dem Falle des Prinzen Radziwill die Rede war. Er spitzte sich zu einem Vorwurfe gegen die Staatsanwaltschaft zu, daß sie unter Vernachlässigung ihrer Pflicht den Prinzen nicht unter Anklage gestellt habe. Rummel wurde Genosse Swienty wegen Beleidigung des Staatsanwalts Delbrück angeklagt und am 11. April vom Landgericht Halle zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die Feststellungen ergaben, daß der erhobene Vorwurf unbegründet war. In einzelnen wurde folgendes festgestellt: Der Prinz hatte im Straßenbahnwagen Herrn Grote ins Gesicht gespien, ihn vor die Brust gestoßen und gerufen: „halten Sie die Schnauze, sonst schlage ich Sie in die Freie“. Grote sagte hierauf zu den übrigen Fahrgästen: „Den kenne ich schon, das ist ein ganz gemeiner Kunde.“ Die Staatsanwaltschaft erhob Klage gegen den Prinzen wegen groben Unfugs und Beleidigung, gegen Grote ebenfalls wegen Beleidigung. Der Prinz teilte dem Gerichte mit, daß er demnachst als Kavallerist bei einem Manneregiment eintritt werde. Die Akten erhielten hierauf den Vermerk: „Eilt!“ In der Strafsache gegen den Prinzen konnte ein Junge nichtogleich aufgefunden werden, und als am 19. Dezember d. J. die Hauptverhandlung stattfinden sollte, stellte es sich heraus, daß der Prinz inzwischen beim Militär eingetreten war. Die Staatsanwaltschaft gab deshalb die Akten an das Militärgericht ab und es konnte nur gegen Grote verhandelt werden. Das Militärgericht hat gegen den Prinzen das Verfahren wegen Beleidigung eingestellt, weil Grote seinen Strafantrag zurückgenommen hat; es hat ferner den Prinzen von der Anklage des groben Unfugs wegen Mangels an Beweisen freigesprochen! — Gegen seine Verurteilung hatte der Redacteur Swienty Revision eingelegt, welche gestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam. Er suchte nachzuweisen, daß er nur von der Staatsanwaltschaft im allgemeinen gesprochen habe, nicht aber den Staatsanwalt Delbrück habe treffen wollen. — Das Reichsgericht hielt das Urteil für einwandfrei und erkannte auf Verwerfung der Revision.

Wie es einem Landmann erging, als er den ihm zugesagten Bildschaden ersetzt haben wollte, erzählt folgende Geschichte: „Der Landwirt Ferdinand Wenzel in Necha hatte 1/4 Morgen Land mit Widen bestellt. Die Neche des benachbarten fürstlich Schwarzburg-Sondershäuser Forstes stülten an dem Futter wiederholt ihren Hunger, so daß sich Herr Wenzel an den Landrat mit der Bitte wenden mußte, ihm eine Entschädigung für den Getreideverlust zu bewilligen. Es fanden dann auch Erhebungen statt und der Landrat ließ den Schaden auf 13 M. feststellen. Die Angelegenheit war aber noch nicht völlig geregelt und Herr W. ließ deshalb die Widen, die er eigentlich schon hätte abzurufen können, noch auf dem Felde stehen. Inzwischen hatten nun die Neche dem Felde wiederholt ihren Besuch abgestattet und der Schaden des Herrn W. war noch bedeutend größer geworden. W. wandte sich nun in dem Glauben, daß der Landrat die Regelung der Sache verzögert habe, in einer Beschwörung an das Ministerium in Sondershausen. In diesem Schriftstücke, welches keine besondere Mißbilligung der Beschwörers bezeugte, warf Herr W. dem Landrate „Verdrücktheit“ vor. Die Strafkammer in Sondershausen hat in diesem Worte eine formale Beleidigung erblickt und am 22. März Herrn W. bedwegen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Erfurt. Es wurde der Verdacht ausgesprochen, daß die Strafkammer Form und Inhalt verwechselt und sich dadurch bei der Feststellung des strafbaren Thatbestandes habe beeinflussen lassen. An sich sei das Wort kein Schimpfwort und das Wort „Eifer“ enthalte an sich nichts Beleidigendes. Wenn die Strafkammer in dem fraglichen Ausdruck eine Beleidigung finden wollte, so hätte es irgend ein anderes Wort anführen müssen, welches der Angeklagte an Stelle des inkriminierten hätte anwenden können, ohne sich einer Beleidigung schuldig zu machen.“

Aus Halle a. S. wird uns berichtet: Die ramponierte Ehe trieb auch den Hausbesitzer und Kohlenhändler Karl Reimann gegen das „Vollblatt“ zum Radl. Er hatte im April die Familie des Maurers Körner, der die Mieta nicht pünktlich bezahlen konnte, auf das Straßengäßchen gesetzt. Körner war zur Zeit krank, hat 5 Kinder zu ernähren, und die Ehefrau war hochschwanger. Die Familie mußte im Armenhause in einer Stube untergebracht werden, in der nicht einmal ein Ofen war, während die durch Körner geräumte Wohnung noch heute leer steht. Genosse Redacteur Swienty kritisierte Reimanns Verhalten im „Vollblatt“, wodurch letzterer sich beleidigt fühlte und deshalb den Privatklageweg beschritt. Bei dem Schwedmann, wo Genosse Swienty dem Reimann begreiflich machen wollte, daß er die Familie hätte schon mit Rücksicht auf die schwangere Frau schonen müssen, entgegnete Reimann in wegwerfendem Tone: „Ich bin doch nicht schuld daran!“ Das Gericht verurteilte Genosse Swienty wegen einer nebensächlichen Unrichtigkeit zu 10 M. Geldstrafe, brachte aber in der Urteilsbegründung zum Ausdruck, daß Reimanns Verhalten keineswegs als lobenswert bezeichnet werden könne.

Vermischtes.

Dreihig Personen ertrunken! Eine furchtbare Schiffkatastrophe hat sich gestern bei Stettin zugetragen. Es wird von dort berichtet: Bei dem benachbarten Pällgow wurde am Freitagen der von Stettin kommende Torpedodampfer „Viktor“ von dem von Pöllig kommenden Dampfer „Pöllig“ angerannt und sank sofort. Fünfzig Personen, angeblich dreihig, sind ertrunken, zehn Personen wurden gerettet.

Rausen über Andree. Stockholm, 10. Juni. Frithjof Rausen sprach sich gelegentlich des hydrographisch-biologischen Kongresses in Stockholm zum König von Schweden dahin aus, daß, wenn es Andree geglückt sei, mit dem Ballon herabzusteigen, ein Boot, Waffen und Munition mitzuführen, man mit Recht annehmen könne, daß er gesucht habe, Grönland zu erreichen, es auch wirklich erreicht habe und das dort die Expedition durch Jagd ihr Dasein freigen könne. Unter diesen Umständen würde Andree wahrscheinlich entweder von der schwedischen Expedition Nathorst oder von der dänischen Expedition Wmdrup aufgefunden werden. Jedenfalls sei eine Nachricht hierüber nicht vor September dieses Jahres zu erwarten.

Aus Bremen wird berichtet, daß auf dem englischen Dampfer „Monmouth“ gestern Feuer ausgebrochen ist. Die Ursache ist noch unbekannt. Der Schaden ist groß.

Braunschweiger Blätter brachten dieser Tage die Nachricht, daß ein Verbleil an dem Minister Hartwig einen erschrecklichen Vorfall begehen wollen und sich zu diesem Zweck bei dem Sohne des Ministers genau zu erkundigen gesucht habe, wann wohl die beste Gelegenheit sei, den haarsträubenden Plan auszuführen. Man hatte es natürlich mit einem Geisteskranken zu thun, aber das hinderte die Sensationspresse nicht, den Mordversuch mit Begehr zu treten. Bezeichnend ist, daß die ministeriellen „Braunschv. Anzeigen“ der ganzen Geschichte mit keinem Wort erwähnen.

Aus Archangel wird berichtet, daß der Schiffbau-Verkehr im Weissen Meere nicht mehr gestört ist. Zwei Ozeandampfer sind dort eingetroffen. — In einem Hause bei Rybinsk (Rußland), das durch Feuer zerstört wurde, fanden 11 Arbeiter den Tod in den Flammen.

Zur Vestgefahr. Ein Passagier des Hochdampfers „Bohemia“, welcher schon auf der Fahrt von Alexandrien leidend war, ist im Seelazarett San Bartolomeo gestorben. Die Sektion ergab Scharmpneumonie als Todesursache. Die übrigen Passagiere und die Mannschaft des Dampfers befinden sich vollkommen wohl.

Marktpreise von Berlin am 15. Juni 1899

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

Ware	D.-Gr.	18.99	15.00	Ware	18.99	15.00
*) Weizen		18.55	15.00	Schweinefleisch	1 kg	1.00, 1.10
*) Roggen		15.00	12.90	Rindfleisch		1.80, 1.10
*) Futter-Weizen		13.40	12.70	Dammfleisch		1.60, 1.10
*) Hafer gut		15.00	15.10	Butter		2.40, 2.10
*) mittel		15.00	14.30	Eier	60 Stück	3.00, 2.20
*) gering		14.40	14.00	Kartoffeln	1 kg	1.80, 1.20
Rübspross		3.82	3.82	Rais		2.80, 1.20
*) Weizen		6.40	4.00	Rander		2.00, 1.20
*) Weizen		40.00	25.00	Wachs		2.40, 1.20
*) Weizen		50.00	25.00	Wachs		1.00, 0.90
*) Weizen		70.00	30.00	Wachs		2.50, 1.20
Kartoffeln, neue		6.00	4.00	Wachs		1.20, 0.80
Rindfleisch, Rente 1 kg		1.00	1.20	Krebs	per Schot	14.00, 2.50
do. Wachs		1.20	1.00			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Rottensackstraße — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 16. Juni. Brotfrüchte zogen um 1/4, bis 2 M. an. Hafer und Weizen lagen fest. Weizen auf Roggen aber die Kapazität um 20 Hg. besser. Im Spiritusmarkt war die Stimmung im allgemeinen fest, namentlich aber für den Terminmarkt. Am Vorkontingente zeigte sich dagegen eine kleine Abschwächung. Angebots waren nur 13 000 Liter der Ware, die mit 40.70 M. (- 0.10 M.) gehandelt wurden.

Kartoffelmarkt. Berlin, 16. Juni. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. —, —. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20.10 M., do. Supra 21.00 M., do. Schamba 15.50—17.50 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20.10 M., do. Supra 21.00 M., do. Schamba 15.50—17.50 M.

Getreide- und Mehlmarkt. In Weizen vom 15. Juni mittags bis 16. Juni mittags betragen 270 To. Weizen, 395 To. Roggen, 91 To. Hafer, 150 To. Weizen, 300 To. Rais, 6100 D.-Gr. Weizenmehl, 1000 D.-Gr. Roggenmehl.

Witterungsübersicht vom 16. Juni 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwolsende	764 RD	3	Dunst	11	11	Saparanda	761 RD	2	2	16	14
Hamburg	764 RD	1	bedeckt	11	11	Petersburg	762 RD	2	2	13	13
Berlin	762 RD	3	16.5.5eb	14	14	Hertford	766 RD	4	4	17	17
Biesbaden	—	—	—	—	—	Aberdeen	767 O	1	1	16.5.5eb	14
München	760 W	3	Regen	9	9	Paris	764 RD	2	2	16.5.5eb	14
Wien	761 S	1	bedeckt	12	12						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 17. Juni 1899.
Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vielfach möglich bei mäßigen südlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

Dankagung.

Allen denen, welche meinem kieber so früh verstorbenen Mann, dem Redacteur **Gustav Eisenach**, das letzte Geleit gaben, insbesondere dem Verein ehemaliger 12. Dragoner, den Beamten des Bekants 24, den Beamten der Krankenkasse sowie allen Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Ww. Bertha Eisenach,
Abalberstr. 25.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

(Centrale Verwaltung Berlin H.)
Sonnabend, den 18. Juni 1899, vormittags 10 Uhr.
Im Saale des Herrn Volkendorf, Döberstr. 58.

Mitglieder-Versammlung.

- Zugeschrieben:
1. Festsetzung der Ordensverwaltung.
 2. Reuwohl der Ordensverwaltung inf. Beitragsmangel.
 3. Wahl eines Vertrauensarztes.
 4. Beschließenes.
- Mitgliedebuch legitimiert.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
184/11 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Rad-Verein „Berlin“.

Roggen 1/3 Uhr vom Stralauer Platz zur **Seidau-Gewerung** vom Ruderklub „Bemard“. 11/19
Donnerstag: Hauptversammlung, Andrastr. 28.

Dr. Klose, Specialarzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenheilkunde.

Im Interesse der Rassenmitleider findet eine **allgemeine Versammlung** am Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in **Muxfelds Festsaal**, Probsteierstr. 68, statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Hoffmann: „Die Lungenschwindsucht und ihre Bekämpfung, mit besonderer Berücksichtigung der Lungenschwindsucht.“
2. Berichtserhaltung vom Tuberkulose-Kongress.
3. Diskussion.
Der Vorstand.
H. Klose, 30/15
Orts-Krankenkasse der Buchbinder usw.
Sonnabend, den 17. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, in den **Arminshallen** (großer Saal), Kommandantenstr. 20.
Ausserordentliche General-Versammlung.
Im Anbetracht des wichtigen Vortrags des Herrn Dr. Hoffmann: „Die Bekämpfung der Tuberkulose, im besonderen in unserer Gewerbe“, werden die Rassenmitleider (auch Nichtdelegierte) nochmals ersucht, zahlreich zu erscheinen sowie für guten Besuch zu agitieren.
24/13
Der Vorstand.

Von der Reize Jurist!
Dr. Klose,
Specialarzt für Hals-, Nasen- u. Ohrenheilkunde.
Friedrichstraße 102.
Klemmingstraße 6 (Moabit).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 17. Juni. **Cyberhaus.** Eurymache. Anfang 7 1/2 Uhr. **Schauspielhaus.** Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr. **Neues Opern-Theater (Krohn).** Die Fiedermans. Anfang 7 1/2 Uhr. **Deutsches.** Die verjüngte Glode. Anfang 7 1/2 Uhr. **Residens.** Der Schlafwagen - Controleur. Vorher: Zum Einlebler. Anfang 7 1/2 Uhr. **Neues.** Die Wahrsagerin. Vorher: Pietro Gariso. Anfang 7 1/2 Uhr. **Westen.** Bar und Zimmermann. Anfang 7 Uhr. **Central.** Waldmeister. Anfang 7 1/2 Uhr. **Schiller.** Die schöne Toledanerin. Hierauf: Die Schulleiterin. Anf. 8 Uhr. **Wette.** Alliance. Dörfeläufing. Hierauf: Hohen Vöfel. Anfang 8 Uhr. **Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der Nachkommig. Controleur. Anfang 8 Uhr. **Alexanderplatz.** Rana. Anfang 8 Uhr. **Chef.** Memoiren des Satans. Anfang 8 Uhr. **Metropol.** Berlin lacht! Anfang 8 Uhr. **Apollo.** Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. **Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. **Passage.** Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. **Urania.** Taubenstraße 48-49. Kautunkindliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon. **Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die schöne Toledanerin.** Lustspiel in 3 Aufzügen nach Lopez de Vega, für die Bühne bearbeitet von Eugen Jabel. Hierauf: **Die Schulleiterin.** Lustspiel in 1 Akt von Emil Pohl. Sonntag, abends 8 Uhr: **Satisfaktion.** Montag, abends 8 Uhr: Zum erstenmale: **Liebesträume.** Ein Schaffersündchen. Die schnelle Verlobung. In Civil.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy. **Letztes Werk von Johann Strauß.** Zum 140. Male: **Waldmeister.** Operette in drei Akten von G. Davis. Musik von Johann Strauß. Morgen und folgende Tage: **Waldmeister.**

Ostend-Carl Weij-Theater.

Or. Frankfurterstraße 132. Zyklus volkstümlicher Vorstellungen. Kleine Preise! Parfett 1.10 Mk. **Die Memoiren des Satans.** Lustspiel. Anfang 8 Uhr. **Borgschiller** haben Gültigkeit. Morgen: Diefelbe Vorstellung. **Im Konzert-Garten:** Konzert, Specialitäten und Theater-Vorstellung. 27 Nummern. Nur Kräfte ersten Ranges. - Anfang 5 1/2 Uhr. Saisonarten haben Gültigkeit.

Apollo-Theater.

!! Stürmischer Erfolg!! Abends 9 Uhr: **Frau Luna** mit dem Luftballett **Grigolatis.** Ferner: 12 Specialitäten.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Alt-Moabit 80-81. Täglich: **KONZERT** und Specialitäten-Vorstellung. Kaffeefläche geöffnet. Entree: Sonntags 20 Pf., wochent. freil. Die Direktion.

Sommertheater Marienbad

Babstraße 35/36. Regie: Willy Reusch. Direktion: Max Meckelburg. Geste sowie täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Berlin wie's näht und trennt. Wofte mit Gesang und Tanz in 2 Akten von V. Ely. Nach der Vorstellung: **Ball.** In Vorbereitung: Rosen aus dem Süden.

Urania

Taubenstraße 48/49. Um 8 Uhr: Im Theater: **Das Land der Fjorde.** Invalidenstr. 57/62: **Tägl. Sternwarte.** Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Von 6 1/2 Uhr: **Specialitäten.** Um 8 1/2 Uhr: **Sensationell!** **Die Athleten** im **Caféhaus.**

CASTANS PANOPTICUM

Die sensationellen **lebenden Photographien!** mit Figuren in Lebensgröße. Die russische Damenkapelle **„Mignon“** in moskowsischen Kostümen. **„Dreifuss“** mit 3 Beinen gebor. leb. Kokaknapferd.

Metropol-Theater

Jeden Abend **sensationeller Erfolg!** **Berlin lacht!** Berliner Revue in drei Abteilungen. Hierzu: **Das Press-Ballett** und das **phänomenale Specialitäten-Programm.** **Miss Dejo, die 6 Bonhairs, Frid-Frid, Paul Jülich.** **Reizender Sommergarten.** Rauchen in allen Räumen gestattet. Wochentags Anfang 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.

Im herrlichen Konzert-Garten resp. im großen Theater: Saal täglich: **Stettiner Sänger** (Mensel, Pietro, Britton, Sieidl, Krone, Kirchner, Schuber, und Schrader).

Stettiner Sänger

Zum Schluss: **Cavalleria schustiana.** Anfang wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. (für die Wochentage im Vorverkauf 40 Pf.) Nummerierte Estrade 1 M., unnummeriert 75 Pf.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 19. Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Neu! **Die Regimentsnummer.** Wofte mit Gesang in einem Akt von M. Reichardt. **Novität!** **Der treueste Mann.** Operette in 1 Akt von Carllos Duschow. Musik von F. Bendy. **Im Saale: Tanzkränzchen.** **Ostbahn-Park** Hermann Imbs 71 Rüdigerstraße 71, an Röhrliner Platz. Täglich: **Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Nur erstklassige Nummern. Anfang: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl 20 Pf. Anfang: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrst. Nachzahl 10 Pf. Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sänger.** Hermann Imbs, Direktor.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“ **Konzertgarten u. Prachtjäle** Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: **Gr. Promenaden-Konzert.** Jeden Donnerstag: **Elite-Streich-Konzert.** Sonntag: **Großer Ball** im neuerbauten Saal. Empfehle meine Sätze für allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

R. Ballschmieders

„Kastanienwäldchen“ **Konzertgarten u. Prachtjäle** Badstr. 16. Gesundbrunnen. Badstr. 16. Täglich: **Gr. Promenaden-Konzert.** Jeden Donnerstag: **Elite-Streich-Konzert.** Sonntag: **Großer Ball** im neuerbauten Saal. Empfehle meine Sätze für allen Festlichkeiten. R. Ballschmieder.

Turn-Verein „Fichte“

(I. Damen- und II. Männer-Abteilung). **Sonnabend, den 17. Juni:** **Grosses Sommernachts-Fest** in Joëls Victoria-Garten, Treptow, Köpenicker Landstrasse 4, bestehend in **Garten-Konzert, turnerischen Aufführungen** der Damen- und Männer-Abteilung, sowie grossem humoristischem **Kasperle-Theater** mit lebenden Figuren. 7599b Anfang 4 Uhr. **BALL.** Programm 25 Pf.

Schweizer-Garten

Am Königsthor (Ringbahn) Am Friedrichshain. **Täglich: Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Volksbelustigungen aller Art. **Freier Damentanz und Ball.** Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. An Wochentagen ist das Etablissement an Vereine zu vergeben.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenhalde 14-15. Artistische Leitung: Paul Wildig. **Täglich: Großes Garten-Konzert.** **Theater- und Specialitäten-Vorstellung.** Auftreten des gesamten Schauspiel- u. Specialitäten-Perfonaals. **Nur erstklassige Kräfte.** Georg Fischer (Wiederfänger), Karl Gursch (Tanz-Parodist), Haddy Bramlen (Kostüm-Soubrette), Dora Marchetty (Parforce-Quadrillistin), Jackson-Truppe (Excentriques) usw. **Neues gediegenes Familien-Programm.** Entree: Wochentags 20 Pf. Nummerierter Platz 40 Pf. Anfang des Konzerts täglich 4 Uhr. **Entree: Sonntags 25 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.** Anfang der Vorstellung 6 Uhr. **In den Pausen: Großer Ball.** Die Kassefläche ist geöffnet. **Max Kliem.**

Brauerei Friedrichshain.

Täglich **Hagenbecks Polar-Show.** 7 u. 9 Uhr: 12 Eisbären, vorgeführt von Hendrick Olafson. Elefant, Pferd und Hund, vorgeführt von Herckenrath. Entree 30 Pf., Kinder 15 Pf. Annoncen-Expedition F. v. Schirp, Berlin.

Action-Brauerei Friedrichshain

früher Zipp's. Am Königsthor. Größter Konzertgarten und größter Konzertsaal Berlins. **Heute und folgende Tage** **Konzert** von 2049^h **Eduard Strauss,** taffel- und Königl. Hofkapellmeister mit seiner vollständigen Kapelle aus Wien. Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., reicher Platz 1 Mk.

Charlottenburg-Westend.

Hoffmanns Volksgarten, Kastanien-Allee 1. Sätze zu Versammlungen und Festlichkeiten. 2072^h **Zwei Kegelbahnen - Kaffeeküche.** **Im Garten jeden Sonntag: Frei-Konzert.** Carl Hoffmann, Alexanderstr. 27c (Englischer Garten).

Potsdam.

Boigts Blumengarten. Empfehle mein großes Garten-Restaurant allen Vereinen, Vereinen und Bekannten zur gelegigen Beachtung. Joh. Hahn. 2073^h

Wirtshaus Schmargendorf,

Warnemünder Strasse 6. (Direkt am Grunewald gelegen.) Bringt hiermit allen Freunden und Genossen mein Vokal in empfehlende Erinnerung. **Jeden Sonntag: Großer Ball.** 1910^h Heute, Sonnabend, den 3. Juni: **Grosser Sommernachts-Ball.** Kaffeefläche von 2 Uhr ab geöffnet. Carl Balzer.

Wo? beim alten Freund.

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? **Auf der Insel Pichelswerder** 1671^h **Herrlichstes Volkslokal der Nordbahn.** Saal für 1000, Garten für 3000 Personen. **Paradiesgarten in Birkenwerder.** Bahnf. 42 Min. Per Kremler 2 St. Pracht. Frühl.-Wald. Ich bitte bei Familien-, Vereins- u. namentlich Fabriks-Ausflügen mein Lokal recht lebhaft zu berücksichtigen. Beschreibungen in allen Gängen, in allen Zügen, in allen Birkenwerder gratis. 1097^h **A. Burgemeister.** Grosses Kaffeehaus.

Jägerhaus

Schönhauser Allee No. 108. Neu renov. Garten (6000 Personen fassend) mit neugebauter Bühne für Vereine. Großer Tanzsaal. 2011^h **Grösste Volksbelustigungen in ganz Berlin.** **Jeden Dienstag: Grosses Kinderfest.** Kaffeefläche von 2 Uhr an geöffnet.

Treptow.

Hohlwein's Keglerschlösschen, Köpenicker Landstrasse. **Grosser schattiger Garten, Saal, Kaffeeküche, Kegelbahnen.** Vereinen und Herrenpartien bestens empfohlen. **Bayerisch-Bier Glas 10 Pf.** Kaffeeküche täglich von 3 Uhr ab geöffnet. 1756^h **Arbeiter-Berufsartikel u. Wäsche** ausschließlich eigenes Fabrikat. - Specialität: **Arbeiter-Berufs-Kleidung:** Blau oder Jaden Nr. 1,65, Reizend je nach Größe um 10 Pf. Blau oder Jaden, in allen Längen, Nr. 1,65. **Arbeiterhemden, Blusen, Wäscher, Mittel u. Monteurhemden.** D. Wurzel & Co., Brunnengr. 17

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9. **Täglich: Dorus Rosi.** Volkslied mit Gesang u. Tanz von Hugo Schulz, Musik von H. Reichen. **Kostüm: laubtreue Art. Vierrath.** Gebr. Milardo, Gebr. Duetz. **Tauma-Quartett,** Gesang und Tanz. **Aboue u. Campton, Red-turper, Br. Picardy, Gombi und Kapf-Quadrillist.** **Ballstättigkeit Döring, Mr. Bartling, lebende Photographien.** **Konzert und Ball.** Eintritt Wochentags und Sonntag 30 Pf., num. Platz 50 Pf. Kallbo.

Vaudeville-Theater

Inhaber: F. Schumann, Schönig. Allee 148, Köpenicker Allee 97/99. **Täglich: Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.**

Victoria-Brauerei

Lützowstraße 111/112. **Im Naturgarten oder Saal: Täglich** **Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger** (Führmann, Horst, Walde). Anf. Sonntag präc. 7 wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf. **Borber. 40 Pf. Familienbillets 3 = 1 Mk.** Sonntag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Sommer-Theater

„Alter Dessauer“ **Artilleriestr. 32.** Inhaber: A. Ladewig. **Schattiger Garten Berlins.** Täglich: **Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

Carl Strauss'

Restaurant und Garten. Bahnhöfe u. Waldverein u. Metallarbeiter-Verein legt **Vödderstr. 6** (früher Stralauer Allee). 1389 **Empfehle meine drei Restaurants: Käseball, am Müggelsee, Tencelssee, Müggelsee, Marienlust, a. d. Dahme, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Fußpartien über die Müggelseeberge.** 1670^h **C. Strehlhan,** Besitzer des Kaiserhofs Cöpenick.

Strand-Restaurant

am Müggelsee zwischen Müggelschloß und Tencelssee. **Wunderbar schön von der Natur begabt. Tanzsaal mit Parquet-Tischboden. 2 Kegelbahnen. Gr. Halle, 3000 Personen fassend. Empf. den Vereinen, Fabrike, Gesellschaften zum Sommer-Ausflug.** **A. Degebrodt, Gostwisch.**

Oberjöhneweide.

Siemensstr. 12. **Restaurant - Garten - Kegelbahn u. Kaffeefläche** empfiehlt **Karl Musche, fr. Fruchtstraße** **Restaurant A. Troppens, Cöpenick, Grünstr. 53.** **Warme Speisen zu jeder Tageszeit.** **Zahlstellen des Metallarbeiter-Verein, der Tischler, Maurer u. Zimmerer.**

Restaurant Linden-Garten.

Cöpenick, Grünauerstr. 7. **Gr. Saal, Kaffeefläche, Frühl.-, Mittag- und Abendessen. C. Seidel.** **Nonnenbergs Restaurant** Treptow, Parkstrasse. **Großer Saal. - Großer Garten.** Jeden Sonntag: **Ball.** 1669^h **Empfehle mein Vokal zu Festlichkeiten.** **Restaurant Klugmann.** Zur neuen Scheune. 1937^h **Rummelsburg, Chausseestraße.** **Gr. Saal, gr. neu erb. Hallen, schattiger Garten, Naturwald, bietet 4000 Pers. Unterkunft. Kegelbahn, Kaffeefläche.**

Neuer Abendkursus der „Elektra“

Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr. für **Electromonteur, Installateur, Maschinenführer, Zeichner** etc. **Dauer 6 Monate, Honorar 6 Mark monatlich.** **Lehrstoffliche Lehrmethode, Erfolg garantiert.** Jeder Schüler kann während dieser Zeit am **praktischen Unterricht** teilnehmen. **Dauer 4 Monate, Abgangszugnis, Stellungsnachweis.** **Anmeldungen** schenkt im Bureau der „Elektra“, Prinzenstraße 55 I (gegenüber der Turnhalle). **Ran verlange Prospekt, Lehrplan. Telefon Amt IVa 6006.**

Möbel

und **Polsterwaren.** **Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen.** 1678^h **Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.** **Friedrichstr. 91/92. Ehenwürdigkeit** **Friedrichstr. 91/92. Gutlager A. Rosenblum.** **Mk. 3,15.** 133/20^h **Ein Blick auf Schaufenster genügt, sich von der Leistungsfähigkeit obiger Firma zu überzeugen.** **Filialen in größten Städten Deutschlands.**

Cylinder-Hüte

Chapeaux elagues **kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.** 1674^h **Weisse und Filzhüte** in großer Auswahl zu billigen Preisen. **Max Radtke, Blumenstr. 39, (Rein Laden.)**

Ostend-Oberjöhneweide.

Restaurant Sportshaus. Empf. Vereinen, Gesellschaften u. Saal. **Garten, Kegelb. u. Kaffee. Dobslaw.** **„Waldfater“.** **Friedrichshagen.** **Sonntag-Ausflug u. Konzert** des **Bläserkorps Harmonie.** Alle Genossen sind freundlich eingeladen. **Gemütl. Kaffeefladen 60 Pf., H. Weihe 20 Pf., Bier 10 Pf.** **Montag, den 19. ds. großes Kinderfest.** Es ladet ergebenst ein **16336^h Frick.** **Cöpenick.** Weich- und **Bayerisch-Bier-Lokal.** 1665^h **Paul Joch, Grünauer- und Rudowerstr. - Ecke.** **A. Stippekohls Restaurant** Cöpenick, Schönfelderstr. 5. **Arbeiter-Vereinslokal.** Für gute Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Fertige Kleider

zu sehr billigen Preisen. **Waschkleider** in **Blau, Rot, Orange** 8 Mk. 50, 10 Mk. **Weisse Jackenkleider,** beste Arbeit in engl. Alps 15 Mk. **Seiden-Blusen 15 Mk.** **Jackenkleid** in **Loden und Cheviot** 12 Mk. 2039^h **Jackenkleid** in **Cheviot und Covertcoat** 25 Mk. **Figarokleid** (Mod. mit kurzen Fächern) 10 Mk. **Englische Kleider** in **blauer Stoff, 30 Mk., 36 Mk.** **Englische Kleider** in **blauer Stoff, mit Handver- schränkung und glatt, wasserdicht belagert, in Cabercoat, Cheviot und Tuch, 35 Mk.** **Einzelne Röcke** in **den neuesten Façon,** schwarz und farbig, auf Futter 6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk. **Alpaca-Röcke** 8 Mk., 10 Mk., 12 Mk. **Staubmäntel** 5 Mk., 6 Mk., 8 Mk., 9 Mk., 12 Mk. (Tyroler Loden). leicht, f. Gebirgsstouren, 12 Mk. **Sielmann & Rosenberg** Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Besonders preiswert!

Garantiert rein Mexiko, pro Stück 6 Pf., 100 Stück 5,50 Mk., **Wiederverkaufte Engros-Preise.** C. Posner, 80, Mariannenstr. 11, Reb.

Für Landpartien und Sommerfeste

empfehlen wir in großer Anzahl: **Strohkörbe, Campions, Rahmen, Papiermützen usw., An- sichts-Postkarten.** **Händler und Vereine** erhalten die billigen Engrospreise. 2065^h **S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstraße 19a.**

la Fahrräder

von 85 Mk. an **Baer Sohn** Chausseestr. 24a.

Verfammlungen.

Der Evangelische Arbeiterverein hatte am Donnerstag eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Herr Pastor Stöcker über das Weisen zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses sprach. Die Versammlung, die im Germania-Saal in der Chausseestraße stattfand, war sehr zahlreich, aber nicht nur von Anhängern Stöckers, sondern auch von Rational-Sozialen besucht.

Düsseldorf, Pforzheim, Kadeberg (Sachsen), Elberfeld und Warmen im Streik befinden, Zugzwang dort hin ferngehalten sei, und daß die Mitglieder der Versammlung des Zweigvereins jeden Donnerstag vor dem 1. und 15. jeden Monats Rosenkalerstr. 57 stattfinden.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Fliesenleger Berlin und Umgegend tagte am Dienstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Der Vorsitzende Knöppchen schilderte die Mißstände, die sich in den Reihen der Fliesenleger eingebürgert haben und hauptsächlich von den billiger arbeitenden Fliesenlegern gefördert werden.

Holzarbeiter-Verband. In der am 12. Juni 1899 stattgefundenen Bezirksversammlung für Wedding und Gesundbrunnen sprach Herr Adolf Hoffmann über: „Auf was wir stolz sind.“ Eine Diskussion wurde nicht gewünscht.

Der Verband der Kürschner tagte am 12. Juni bei Feind, Weinstr. 11. Der Vortrag des Herrn Dr. Joël, welcher über: „Ein Ausblick in den Bau des Weltalls“ sprach, wurde mit Beifall aufgenommen.

Die Schrauben- und Facendreher versammelten sich am Dienstag, den 13. Juni in der „Urania“, Wrangelstr., um den Bericht des Vertrauensmannes entgegenzunehmen und die Renewal des letzteren zu vollziehen. Der Bericht umfaßt die Zeit vom 5. Oktober 1898 bis 13. Juni 1899.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche tagte am Dienstag bei Duffe, Grenadierstr. 33. Dr. Freudenthal hielt einen Vortrag über „die Tuberkulose, ihre Verhütung und eventuelle Heilung“.

Die Lederarbeiter (Hohgerber, Kürber, Weißgerber) hielten am vergangenen Donnerstag eine gut besuchte Versammlung ab, in der Genosse Jahn über „Die Arbeiterfrage der Gegenwart“ referierte.

Thätigkeit der Gewerkschaftskommission. Als Revisoren für den Vertrauensmann wurden Kalix, London und Behr ernannt. Unter „Gewerkschaftliches“ entspann sich eine längere Besprechung über eine Resolution des Inhalts, daß die unwürdige Behandlung einiger Arbeiter in der Fabrik von Ehd u. Straßer seitens mehrerer Angestellter einer genaueren Untersuchung unterzogen und die gemäßregelten Arbeiter unterstützt werden sollen.

Die Gewerbetreibenden von Friedrichsfelde, Nummelsburg und Friedrichsberg waren zu einer Protestversammlung gegen den geplanten Kistner-Ladenschluß sowie gegen die Warenhäuser usw. am 7. Juni nach Friedrichsberg eingeladen.

Was die Agitation gegen die Warenhäuser betrifft, so kenne ich viele Hausbesitzer, welche in ihrem Hause mehrere Läden vermietet haben und deren ihren Bedarf fast ausschließlich in Großbuzaren, andere wieder fünfden 2 oder 3 kleinen Gewerbetreibenden, um Raum für einen Großbazar zu schaffen!

Brig. In der am Freitag, den 9. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung des Volks-Bildungsvereins sprach Genosse Jahn über „Handelspolitik und Handelsverträge“.

Charlottenburg. Der Verband der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 13. d. M. hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Dr. Wehl einen sehr lehrreichen und von der Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Persönliche und allgemeine Gesundheitspflege“ hielt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 18. d. M. vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 67, Versammlung „Freireligiöse Vorlesung“.

Centralverband der Köpfer Deutschlands, Filiale Berlin. Generalversammlung am Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, bei Duffe, Grenadierstr. 33.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (E. S. 26). Hamburg, Filiale Berlin 4. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Fritz Wille, Andreasstr. 26.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.)

Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Grube, Wrangelstr. 136, Konferenz der Vertrauensmänner der Schraubendreher.

Dienstag, den 20. Juni cr., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung für d. Gesundbrunnen in Zimmermanns Festsälen, Badstr. 58.

Tages-Ordnung: 1. Die Entlohnung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Beschlüsse der Generalversammlung in Halle a. S. und der 3. deutsche Gewerkschafts-Kongress. Referent: Otto Näther. 2. Diskussion. 3. Die Streiks und Aufsperrungen der Metallarbeiter in Deutschland und Dänemark. 4. Renewal der Bezirksleitung. 5. Verbandsangelegenheiten und Beschlüssen.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Faber über: „Krankenkassen“. 2. Diskussion. 3. Ist es möglich, in allen Berufsständen den Krankentagegeld, sowie einen Minimallohn durchzuführen? 4. Beschlüssen.

Allgemeine Volks-Krankenkasse (E. S. Nr. 26) in Verbindung. Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr, Brunnenstraße 188: Versammlung. Im Austrage: A. Roggemann.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Feuersteinsaal, Alte Jakobstraße 75: Mitglieder-Versammlung.

Montag, den 17. Juli 1899, in der Neuen Welt, Gasenheide 108-114: Grosses Sommerfest zur Feier des guten Montags.

Garten-Konzert, Feuerwerk, Specialitäten ersten Ranges. Theater-Vorstellung für Kinder. Von 5 Uhr an im Bal champêtre: Großer Ball.

Verein d. Maschinisten, Heizer u. Berufsg. Berlins und Umgegend. Sonntag, den 18. d. M., nachm. 5 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstr. 19:20: Versammlung.

Schmiede. Sonnabend, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: Öffentliche Versammlung.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wochentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Seefische

sind das beste und billigste Volksnahrungsmittel, ersetzen das Fleisch vollständig und sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns, Schellfische in allen Größen 15-20 Pfg., große 20-25 Pfg. per Pfund.

Rotzungen, bester Ersatz für Seesungen 30. Bratflundern (3 Pfd. = 40 Pfg.) 15.

während dieser und der kommenden Woche in unseren Verkaufsstellen abzugeben.

Alle anderen Fischarten, auch Knurrhahn, Steinbutt, Seesungen, Heilbutt, Seehecht etc. ebenfalls billig.

Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“.

Table with 2 columns: Haupt-Filiale and No. IV. Locations include Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Im Schlesischen Bahnhof, etc.

Verband der Möbelpolierer. Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26: Versammlung.

Die Versammlung in Weihensee findet am 24. Juni statt. Der Vorstand.

